

Kaukasische Post

Er scheint jeden Sonntag.

Preis der Einzelnummer in Tiflis 10 Kop., auswärts 12 Kop.

Bezugspreis in Tiflis: 5 Rub. jährl., 2 Rub. 50 Kop. halbjährl., 1 Rub. 25 Kop. vierteljährl. Mit Zustellung durch die Post: 6 Rub. jährl., 3 Rub. halbjährl., 1 Rub. 50 Kop. vierteljährl.

Anzeigen: Die Zeile oder deren Raum kostet; pro em Text 20 Ko hinter denselben, d. h. in Anzeigenteile, 10 Kop. 8 Wiederholung wird Rabatt gewährt.

Die Redaktion befindet sich Golowin-Prosp. № 12, Haus Mdiwani, im Hofe. — Sprechstunde der Redaktion täglich von 6—7 Abends.

Annahme von Bezugsgeldern u. Anzeigen: Tiflis, in der Redaktion; von Bezugsgeldern außerdem: bei Schröder, Auffermannsche Niederlage auf dem Sande; in Wladikawkas: bei Frau Seidel, Apolbeterwarenhandlung; in Nikolajewka bei Ghaslaw-Zurt; bei Gebr. Löws, Buchhandlung; in Ghaslaw-Zurt: bei T. Solzke; Anapa: B. Buch; in Riga: Buchhandlung E. Frubns.

Anzeigen von Privatpersonen, Firmen und Anstalten, von allen Orten des Auslandes oder des Russischen Reiches, mit Ausnahme des Kaufmans, welche dort ansässig sind oder ihre Kontore oder Verwaltungen haben, werden ausschließlich entgegengenommen im Zentralannoncenbureau des Handelshauses L. & C. Nehl & Co. in Moskau, Mjasnikofskaja, Haus Sitow, und in seinen Filialen: in St. Petersburg, Nowostaja 11, Warschau, Krakauer Vorstadt 53, Paris, Place de la Bourne 8., Berlin, Kolonnenstraße 72/73.

Nr. 9

Sonntag, den 17. (30.) August 1908.

3. Jahrgang.

Inhalt: 1) Zur Lehrerkonferenz in Katharinenfeld; 2) Politische Rundschau (In- u. Ausland); 3) Nachrichten aus dem Kaukasus; 4) Aus den Kolonien; 5) Die deutschen Siedlungen an der Wolga (4. Forts.); 6) Der Bereich der deutschen Sprache in Europa; 7) Die Politik der Jungtürken; 8) Die Reaktion in Berlin; 9) Literatur und Kunst (Reisebericht, 2. Forts.); 10) Aus aller Welt (Die Unterdrückung des Brandes in Drolowog. Ein Erpfezug im brennenden Walde); 11) Stimmen aus dem Publikum (Zur Frage des Neubaus auf dem Kirchengebäude); 12) Kirchliche Nachrichten. 13) Lustige Ecke.

Zur Lehrerkonferenz

in Katharinenfeld (Transkaukasien) 29.—31. Juli 1908.

Unsere deutschen Kolonien in Transkaukasien waren bis über die Mitte des vorigen Jahrhunderts hinaus fast ganz von der übrigen Welt abgeschlossen; Eisenbahnen fehlten gänzlich; das Reisen mit Wagen und Pferden war sehr beschwerlich, zeitraubend und kostspielig. Dazu kam noch, daß infolge der unsicheren, schwierigen Verhältnisse weitaus die Mehrzahl der Kolonisten oft mit Not und bitterer Armut zu kämpfen hatte. Daß unter solchen Umständen auch die aus Deutschland und den Ostseeprovinzen herberufenen Prediger und Lehrer nicht auf Rosen gebettet waren, läßt sich leicht denken.

Nach langer, mühseliger Reise kam da z. B. so ein armer Lehrer auf seinem Posten an; kümmerlich war die Gage, kümmerlich meist auch die Wohnung und aufreibend schwer die Arbeit mit gewöhnlich stark verwilderter Jugend, in überfüllter dumpfger Klasse. Von irgendwelchem Verkehr mit Berufsgenossen konnte gar keine Rede sein. Es war immer nur Zufall, wenn einmal zwei solche Leidensgenossen sich trafen. Postverbindung fehlte gänzlich und in der Klasse herrschte ewig Ebbe, also ließ es auch auf Fachschriften und anregende Bücher zu verzichten. Das waren trostlose Zustände, und wenn das Schulwesen in unseren Kolonien nicht gänzlich in den Sumpf geraten sollte, so mußte Wandel geschafft werden. Und gottlob! es wurde Wandel geschaffen.

Ende der sechziger Jahre wurde an die damalige deutsche Kolonie Neu-Tiflis der Lehrer M. Schwarz aus Württemberg berufen. Die Notlage seiner Amtsbrüder, bzw. der Schule ging

ihm zu Herzen, und auf seine Anregung hin wurde im Jahre 1869 die erste Lehrerkonferenz nach Helenendorf einberufen. Einige Lehrer konnten nicht kommen, weil sie keinen Rock oder keine Stiefel hatten!

Von den fünf Teilnehmern weilten aber nur noch die Herren Schwarz und Schmied unter den Lebenden. Auf der letztjährigen Konferenz 1907 durften wir unseren allverehrten Senior, der nun leider infolge geschwächter Gesundheit den Beruf aufgeben mußte, wiederum in Helenendorf in unserer Mitte haben; an der diesjährigen in Katharinenfeld konnte er sich leider nicht beteiligen. Als seiner aber von befreundeter Seite gedacht wurde, brach die ganze Versammlung in begeisterte „Hochs“ auf ihn aus, und Schreiber dieser Zeilen wurde gebeten, ihm die allerherzlichsten Grüße zu übermitteln.

Es wird uns in der Zukunft auf unseren Konferenzen noch manchmal etwas fehlen, denn nicht oft findet man pädagogische Durchbildung, geistige Frische und hohe Begeisterung für den Beruf in so glücklicher Weise in einer Person vereinigt, wie es hier der Fall war.—Doch dürfen wir nicht mutlos werden, wenn auf dem Gebiete der Jugendziehung ein gottbegnadeter Mitkämpfer den Arm sinken läßt.

Lehrerkonferenz! welch einen Strom von schönen, begeisternden Erinnerungen und Hoffnungen löst doch dieses Wort in der Brust jedes noch begeisterungsfähigen Lehrers aus, der im Laufe des Jahres in seiner schweren Arbeit auch jetzt noch meist auf sich selbst angewiesen ist. Es bietet sich ihm auf solch einer Konferenz die einzige Gelegenheit, einmal so ganz aus sich herauszugehen und all seine Nöte und Anliegen ausschütten zu können, ohne befürchten zu müssen, mißverstanden zu werden; viel-

mehr findet er hier verständnisinnige Teilnahme und in den meisten Fällen Aufklärung und guten Rat. Schriftliche Arbeiten über verschiedene pädagogische Fragen geben den Referenten Gelegenheit sich tüchtig einzuarbeiten, und den Andern gute Möglichkeit zu gründlicher Selbstprüfung. Die vor versammelter Konferenz in schulmäßiger Weise gegebenen Lehrproben aber liefern ein untrügliches Bild von der Art und Weise, in welcher im Laufe des Jahres gearbeitet wurde, denn wer am Orte seiner Wirksamkeit handwerksmäßig arbeitet, wird nie in stande sein, eine wirklich gute, anregende Lehrprobe zu geben. Doch läßt sich auch an mißlungenen Lehrproben lernen. Mancher sieht in solchem Spiegel nur zu deutlich sein eigenes Bild und faßt für die Zukunft gute Vorsätze. Besonders interessant gestaltet sich immer die den Referaten und Lehrproben folgende, eingehend und sachlich gehaltene Besprechung, und gewährt jedesmal reiche Ausbeute wertvoller geistiger Anregung.

In Abwesenheit des Herrn Oberpastors Wirén übernahm die Leitung der diesjährigen Konferenz der Herr Ortspastor Heinkelmann. Es sei ihm für seine nicht leichte Mühewaltung hierorts nochmals der herzlichste Dank ausgesprochen! Außer dem Herrn Vorsitzenden waren 17 vollberechtigte Mitglieder, nebst dem Gemeindevorstand und einigen Gästen anwesend. Eröffnet wurde die Versammlung mit Gesang und Gebet, worauf der Herr Präses in kurzer Ansprache Zweck und Ziel derselben klarlegte. Herr Lehrer Schmied aus Marienfeld aber begrüßte die Amtsbrüder mit einem schwungvollen Gedicht.

Am ersten Konferenztage gelangten folgende Referate zur Vortagung: 1. Strafe und Belohnung in der Volksschule, von Lehrer Krobmer in Katharinenfeld. 2. Die alten Kirchentöne oder Kirchentonarten, Lehrer Kirchhofer in Tüßis. 3. Der Takt in der Schule, von Lehrer Schmied in Marienfeld.

Der zweite Konferenztag war den Lehrproben gewidmet: 1. Herr Pastor Heinkelmann machte den Anfang mit einer Katechese über Luc. 12, 16—21: „Der reiche Kornbauer.“ Ihm folgte 2. Lehrer Walker, Katharinenfeld, mit einer „Vorbereitung zum Aufzuge“ nach neuerer Methode, und an diese schloß sich 3. eine Katechese über das 8. Gebot an von Lehrer Briem, Tüßis. 4. Wie das Attribut am Lesestoff zu entwickeln sei, zeigte Lehrer Zimmerl, Heilenendorf. Den Schluß endlich bildete 5. eine Katechese über den Spruch: „Ohne Glauben ist's unmöglich Gott zu gefallen“ — Hebräer 11, 6 — Lehrer Reich, Georgsfeld.

Am dritten Tage machte die ganze Lehrerversammlung der Kleinkinderschule des Ortes einen Besuch. Schwester Kestle, eine gebildete Kleinkinderlehrerin aus Württemberg, waltet hier im Verein mit ihrer Gehilfin, Fräulein Ella Wucherer, erziehend und lehrend unter der großen Kinderchar. Jedem Zweifler möchte man mit Philippus zurufen: „Komm, und siehe es!“ Der Segen einer richtig geleiteten Kleinkinderschule ist überhaupt gar nicht hoch genug zu schätzen.

Nachdem noch das Programm für das nächste Jahr festgelegt, und das von den Herren Krämer und Prinz sorgfältig zusammengestellte Protokoll unterzeichnet war, schloß der Herr Präses die Konferenz mit einem Gebet. Für den Nachmittag aber hatte der Gemeindevorstand von Katharinenfeld noch eine schöne Ueberraschung in Gestalt eines Ausfluges zum Müschawerflusse geplant. Auf vielen Wagen ging es hinaus zum lauschigen Plätzchen am warmelnden Bache. Die Bewirtung war sowohl hier, als auch an den vorhergehenden Tagen eine außer-

ordentlich reichhaltige, aber sie wurde mit solch herzlicher Liebenswürdigkeit geboten, daß gewiß keinem der Gäste das Entgegennehmen peinlich sein konnte. Die nur zu bald einbrechende Dunkelheit mahnte zum Aufbruch; doch das von keinem Miston gestörte Zusammensein wird allen Teilnehmern in angenehmler Erinnerung bleiben. — Herzlichen Dank der Gemeinde Katharinenfeld! — Wir Lehrer aber glauben solch freundlichem Entgegenkommen der Gemeinden eine tiefere Bedeutung beimessen zu dürfen. Wir glauben nicht irre zu gehen in der Annahme, daß diese wachsende Aufmerksamkeit ein Beweis zunehmenden Interesses für Schule und Jugendbildung sei. Dafür spricht auch der schon berührte Umstand, daß die Gemeindevorstände und sonstige Schulfreunde seit einigen Jahren mehr und mehr mit größter Aufmerksamkeit den Verhandlungen der Konferenz beiwohnen. Gebe Gott!

A. Briem.

Politische Rundschau.

Inland.

Zur äußern Lage. Der russische Gesandte Sinowjew ist nach Konstantinopel zurückgekehrt und am vorletzten Freitag, nach dem Selamlik, vom Sultan in Audienz empfangen worden. Bei dieser Gelegenheit soll, wie die „Pet. Tel. Ag.“ berichtet, Sinowjew dem Sultan gegenüber die Hoffnung ausgesprochen haben, daß das neue Regime von Dauer sein werde, worauf der Sultan geantwortet habe, daß er die von ihm aus freien Stücken verliehene Verfassung stets wahren wolle und daß er fest entschlossen sei, dieselbe in jeder Beziehung durchzuführen. Hernach machte der Großvezir Kiamil-Pascha dem Gesandten seine Aufwartung, worauf ihm dieser eine Gegenvisite abstattete. Sinowjew war während der jüngsten hochwichtigen politischen Vorgänge in der Türkei nicht in Konstantinopel gewesen, sondern hatte sich am Vorabende derselben, ihren Eintritt offenbar nicht voraussehend, in Dienstangelegenheiten nach St. Petersburg begeben, worüber die russische Presse, insbesondere auch die „Nowoje Wremja“ seinerzeit ihr nicht unberechtigtes Befremden geäußert hat.

Zur innern Lage. Unlängst hat eine Deputation der Peterhofer Abteilung des Verbandes des russischen Volkes das Glück gehabt, von S. Maj. dem Kaiser in Audienz empfangen zu werden. Bei der Verabschiedung geruhte Seine Majestät die Deputation folgender allgerühmter Worte zu würdigen: „Ich danke Ihnen in meinem Namen, im Namen der Kaiserin und des Thronfolgers und bitte Sie meinen herzlichsten Dank der Peterhofer Abteilung des Verbandes des russischen Volkes für den Ausdruck der treuunterthänigsten Gefühle und die Darbringung eines Heiligenbildes für den Großfürsten Thronfolger zu übermitteln. Ich wünsche der Peterhofer Abteilung auch für die Zukunft friedliche und fruchtbringende Tätigkeit.“

Die Kaiseremannöver in der Nähe von Petersburg nehmen ihren Fortgang. Aus den im Manöverbereich belegenen Dörfern drängen sich die Bewohner heran, um Ihre kaiserlichen Majestäten zu begrüßen und ihnen nach alter, russischer Sitte Salz und Brot darzubringen. So geschah es bei Pawlowsk und geschieht gegenwärtig bei Kopscha. Ihre kaiserlichen Majestäten zeruhn, die einzelnen Deputationen in huldvollster Weise verschiedener Fragen über das Leben der Bauern, über den Stand



der Saaten u. dgl. m. zu würdigen, wodurch die Begeisterung der Massen für ihren vergötterten Monarchen und Seine Hohe Gemahlin ins Grenzenlose gesteigert wird. Als gar am vorletzten Sonnabend Ihre Majestät die Kaiserin mit deren Erlauchten Töchtern in einer nahe bei Kopscha befindlichen altertümlichen Kirche dem Abendgottesdienste inmitten der versammelten Gemeinde beizuwohnen geruhete — jegliche Absperrung hatte Ihre Majestät die Kaiserin sich verboten — da kannte die Freude des Volks nur noch den einen rührenden Ausdruck: in stiller Andacht den Segen des Allerhöchsten herabzusenden auf Diejenige, Welche in solcher Bescheidenheit und Einfachheit dort vor ihm stand, eine Veteran unter den Betenden, auf die Erhabene Monarchin, insofern die Kleinen des Dorfes die Erlauchten Kinder im Bogen umstanden und nicht müde wurden, sie anzuschauen und zu bewundern, in ihrer Raivität nichts ahnend von den hohen gesellschaftlichen Schranken, welche sie in Wirklichkeit von den Sprößlingen des Kaiserhauses trennen. So viel wahre, man kann wohl sagen, göttliche Schönheit hatte das zerfallene kleine Kirchlein noch nie in seinen Mauern erlebt. Der Eindruck, den der Besuch der Allerhöchsten Herrschaften beim Volke hinterlassen hat, dürfte gewiß ein unvergesslicher bleiben, als ein glänzender Sonnenstrahl in Nacht und Dunkel, als ein köstliches Unterpfand der Liebe unserer Erhabenen Landesmutter zu ihren getreuen Kindern!

Der Premierminister Stolypin hat nach beendetem Urlaub seine dienstlichen Obliegenheiten wieder übernommen.

Der Minister des Außern Iswolcki ist am 6. August auf Urlaub ins Ausland abgereist. Bekanntlich soll in Karlsbad (in Böhmen), wo Iswolcki eine längere Kur zu brauchen beabsichtigt, eine Begegnung zwischen ihm und dem Kanzler des Deutschen Reichs, Grafen Bülow, stattfinden, der eine politische Bedeutung beigemessen wird.

Wie die „Mig. Rundschau“ erfahren haben will, soll der vom Missionskongress in Kijew gefasste Beschluß, die Ehen der Orthodoxen mit Andersgläubigen teils ganz zu verbieten, teils nur unter erschwerten Bedingungen zu gestatten, bei einigen hochgestellten geistlichen und weltlichen Würdenträgern starke Mißbilligung hervorgerufen haben. Es ist wahrscheinlich, daß dieses zur gesetzlichen Bestätigung vorgeschlagene Verbot bei der Prüfung im hl. Synod verworfen werden wird.

Seit dem Erlass des Toleranz-Edikts vom 17. April 1905 bis zum 1. Dezember 1907 sind, wie die „Netsch“ nach den letzten Daten mitteilt, in den Ostseeprovinzen 8068 Orthodoxe zum Luthertum übergetreten. Außerdem sind im Jahre 1905 2013 Personen, die schon früher abgefallen waren, endgiltig zum Luthertum übergegangen.

Die „Deutsche Kolonisation“ im Baltikum, namentlich in Kurland, sollte wie die „Nishstaja Myśl“ mitzuteilen in der Lage zu sein behauptete, die Aufmerksamkeit der Regierungskreise in unliebsamer Weise auf sich gelenkt haben. Nun erfährt der Petersburger Korrespondent des „Mig. Tzbl.“ von wohlinformierter Seite, daß das Ministerium des Innern, veranlaßt durch tendenziöse Darstellungen eines Teils der lettischen und russischen Presse, in der Tat dieser Angelegenheit seine Aufmerksamkeit zugewandt und, wie verlautet, vom Gouverneur von Kurland auch einen Bericht über den Umfang dieser Kolonisation verlangt hat. Eine Entscheidung

ist in dieser Angelegenheit noch nicht getroffen worden. Doch wird dem genannten Korrespondenten mitgeteilt, daß die in Betracht kommenden Regierungskreise keineswegs der Heranziehung deutscher Bauern russischer Untertanenschaft feindselig gegenüberstehen. Erstlich ist der Regierung der Mangel an Landarbeitern in den Ostseeprovinzen sehr gut bekannt, und dann gelten gerade die deutschen Kolonisten in den verschiedenen Teilen Rußlands als absolut loyale und zuverlässige Elemente, deren Treue für Kaiser und Reich sich nicht nur während des Krieges, sondern auch während der Revolutionsjahre auf das glänzendste bewährt hat. Auch könnte der Zuzug deutscher Landarbeiter russischer Staatsangehörigkeit nach Kurland oder einem anderen Teile des Reiches nur auf gesetzgeberischem Wege verboten werden. An die Beschränkung des Rechtes der Freizügigkeit aber denke die Regierung auch nicht im entferntesten.

Zum 28. August, dem Tage des Jubiläums L. R. Tolstois, sieht man noch gar keine reelle Vorbereitungen treffen — so schreibt der „Herold.“ In der Provinz ist alles still geworden; vom Jubiläum spricht man kaum noch. Mehrere Künstler regen in der Presse die Idee an, daß auch die russischen Künstler sich zusammentun sollten, um Tolstois Jubiläum zu feiern; das beste wäre ein Anschluß an den Plan der russischen Presse, ein Tolstoi-Haus, resp. Museum einzurichten. . . Tolstoi selbst verhält sich, nach den neuesten Nachrichten aus „Zassnaja Poljana“, nach wie vor zu einer Jubiläumsfeier ablehnend. Das hindert aber viele seiner Verehrer nicht, schon jetzt Gratulationen und auch Geschenke einzusenden. Aus dem fernen Osten schickte man ihm beispielsweise 100 Sensen zur Verteilung unter Bauern; ein Kaufmann aus Tula sandte zwei Gemälde, ein Brillant-Halsband für die Gräfin Sofia Andrejewna und 400 Abl. zur Verteilung. Das Geld sandte die Gräfin zurück. — Graf Lew Tolstoi hat eine Nervenverstopfung am Bein; er liegt in einem Fahrstuhl, mit Eiskompressen; er arbeitet nicht wenig und beschäftigt sich gerade jetzt mit Schopenhauer und der Vervollständigung einer Schrift, in der er seine Weltanschauung präzisieren will. Er erträgt sein Leiden mit philosophischer Ruhe und scherzt sogar, daß er wieder einmal „eine Todesmahnung erhalten habe, doch, wie es scheint, nicht die letzte.“ — Anderen Quellen entnehmen wir, daß an vielen Orten des Reichs die Tolstoisfeier durch die örtlichen Gouverneure untersagt worden ist. Auch soll der Verband des russischen Volkes alles daran setzen, um dieses vereinzelt Verbot allgemein werden zu lassen. Der Jubilar selbst soll, in Anbetracht dieses feindseligen Verhaltens gewisser Kreise gegen ihn, beschloffen haben, sein Landgut „Zassnaja Poljana“ zum Festtage zu verlassen und dieses bei einer nahen Verwandten oder sonstwo am dritten Orte zu verbringen, um den zu erwartenden Ehrungen aus dem Wege zu gehen!

Ausland.

Deutschland. Zum englischen Botschafter in Berlin ist der bisherige Vertreter Englands am Wiener Hofe, Sir William Edward Goschen, ernannt worden. Die Berufung Goschens auf den Berliner Posten war bei der Entrevue in Kronberg vom König von England dem Deutschen Kaiser vorgeschlagen worden, der sich sofort damit einverstanden erklärte. In Zischl teilte dann der König dem Kaiser Franz Josef die bevorstehende Abberufung Goschens aus Wien und seine Entsen-

dung nach Berlin mit. Kaiser Franz Josef soll sich bei dieser Gelegenheit in den schmeichelhaftesten Ausdrücken über Gofchen geäußert haben. In politischen Kreisen wird angenommen, daß Gofchen, der deutschfreundlich gesinnt ist, im Sinne einer weiteren Annäherung zwischen Deutschland und England wirken wird.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt über die Reichsfinanzreform: „Die letzte Woche brachte in der Presse allenthalben sich widersprechende Mitteilungen über die einzelnen Steuerentwürfe anlässlich der Reichsfinanzreform. Auf Wein-, Inzeraten-, Elektrizitätssteuern, Veredelung der Matrifularbeiträge und anderes mehr wurde geraten und von anderer Seite daran erneut der Wunsch nach Veröffentlichung geknüpft. Aus den wiederholt dargelegten Gründen muß von einer solchen zurzeit abgesehen werden. Die verbündeten Regierungen werden die Vorlagen zum Beginn der parlamentarischen Kampagne veröffentlichten, und es wird damit zu einer mehrmonatlichen eingehenden Diskussion in Parlament und Presse Zeit und Spielraum gegeben sein. Nichts ist falscher als die Annahme, mit den neuen Steuergeetzen sollte der Reichstag oder sollten die deutschen Steuerzahler überrumpelt werden; im Gegenteil, eine möglichst gründliche Behandlung der Finanzfragen liegt im allgemeinen vaterländische Interesse. Die deutschen Finanzen haben bisher darunter gelitten, daß sich die Allgemeinheit nicht hinreichend mit ihnen beschäftigte, sich nicht um sie sorgte. Wenn dies durch die Kämpfe um die Finanzreform anders wird, wenn die Finanzen in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses gestellt werden, kann dies der notwendigen Neuordnung nur zugute kommen. Die Allgemeinheit muß verstehen, daß es sich bei der Reichsfinanzreform um mehr als die Interessen einzelner Erwerbszweige, daß es sich hier um die Zukunft des Reichs, um eine nationale Frage allerersten Ranges handelt, die jeden einzelnen Deutschen angeht.“

Oesterreich-Ungarn. König Eduard traf am 12. d. M. (30. Juli) in Bschl ein und wurde auf dem Bahnhof von Kaiser Franz Josef, von den Erzherzogen, den in Bschl befindlichen bayerischen Prinzen und von den Vertretern der Behörden empfangen. Die Begegnung hatte einen sehr herzlichen Charakter. Die Monarchen warteten sich zweimal und küßten sich. Auf dem Wege zum Hotel begrüßten große Menschenmengen die Monarchen. Kaiser Franz Josef und König Eduard blieben einige Zeit im Hotel allein. Darauf begab sich Franz Josef ins Schloß, wo er bald nachher die Visite König Eduards empfing. Der König übermittelte dem Kaiser seine Glückwünsche anlässlich seines Regierungsjubiläums. Darauf besuchte König Eduard die Mitglieder der Kaiserfamilie und kehrte ins Hotel zurück, wo ihm Kaiser Franz Josef seine Visite machte. Um 1 Uhr nachm. fand im Schloß ein Frühlück statt, nach dem Kaiser Franz Josef seinen hohen Gast ins Hotel geleitete. Um 4 Uhr nachm. unternahmen beide Monarchen in Begleitung der Prinzessin Gisela und des Prinzen Georg von Bayern eine Spazierfahrt im Automobil, bei welcher sie vom Publikum lebhaft begrüßt wurden. Freiherr v. Lehrenthal und Sir Charles Gardiner statteten sich am Tage ihre Visiten ab und hatten eine längere Unterredung miteinander. Am 13. d. M. (31. Juli) reiste König Eduard nach Marienbad ab, nachdem er sich am Bahnhof von Kaiser Franz Josef in herzlicher Weise verabschiedet hatte. — Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt: „Deutsch-

land ist mit aufrichtigem Vergnügen der Begegnung in Bschl gefolgt, die unverzüglich nach der Begegnung zwischen Kaiser Wilhelm und dem König von England stattfand. Hier wie dort stellte es sich bei den Verhandlungen heraus, daß die gegenseitigen Beziehungen nicht durch politische Meinungsverschiedenheiten erschwert sind. Im Besonderen herrscht volle Einmütigkeit in den Anschauungen über die Haltung der Mächte gegenüber den letzten Ereignissen im Ottomanischen Reiche. Es wurde für wünschenswert befunden, sich einer Einmischung in die neue Lage im nahen Osten, wie sie durch die Staatsumwälzung geschaffen wurde, zu enthalten und den Bestrebungen der Türken, ihre Angelegenheiten ihren Bedürfnissen gemäß zu regeln, wohlwollend zu folgen.“

Türkei: Das Wahlgesetz ist bereits den Verwaltungsbehörden zugegangen. Die Wahlen erfolgen indirekt; fünfshundert oder wenigstens zweihundertfünfzig Urwähler entsenden einen Wahlmann. Die Wahlkreise decken sich mit den Sandschaks. Auf fünfzigtausend männliche Einwohner entfällt ein Abgeordneter. Diejenigen Sandschaks, in denen die Zahl der männlichen Einwohner fünfzigtausend nicht erreicht, entsenden einen Abgeordneten, wenn sie wenigstens 25 000 beträgt. Das aktive Wahlrecht erlangt jeder selbständige, im Besitze der bürgerlichen Rechte stehende Ottomane mit zurückgelegtem 25. Lebensjahre, falls er irgend eine Steuer entrichtet. Auch aktive Militärpersonen sind wahlberechtigt. Das passive Wahlrecht ist durch ein Mindestalter von dreißig Jahren bedingt. Staatsämter und Ministerstellen sind mit der Ausübung des Abgeordnetenmandats unvereinbar, die Wahlen werden durch Wahlkommissionen ohne Mitwirkung der politischen Behörden geleitet.

Das Programm der Regierung verkündet, wie ein türkisches Blatt veröffentlicht, Reformen auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft, insbesondere die Reform des gesamten Steuersystems, die Erneuerung der Handelsverträge und Maßregeln zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Zur Deckung unauffchiebbarer staatlicher Ausgaben werden einige kleine Anleihen vorgesehen. Ferner spricht das Programm von einer gründlichen Reform der Zivilverwaltung. Vor allem soll die Zahl der Beamten reduziert werden und eine Regulierung der Gehälter erfolgen. Inbetreff der Armee wird gesagt, daß natürlich auch hier Sparsamkeit zu beobachten sei, doch dürfe man dabei nicht vergessen, daß die Türkei zur Aufrechterhaltung ihres Prestiges als einer Großmacht und in Anbetracht ihrer Stellung unter den übrigen Mächten, sowie zur Hebung ihrer Macht einer guten Armee und einer tüchtigen Flotte bedürfe und ihre bezüglichen Vorhänge dem Parlament unterbreiten werde. Auch auf dem Gebiet der Volksbildung werden Verbesserungen geplant. Die Justiz soll reorganisiert und für alle Klassen der Bevölkerung die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden. Inbetreff der Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sagt das Programm, die Türkei werde bestrebt sein, ihre Souveränität und die ihr vertragsmäßig zustehenden Rechte zu wahren, unter Aufrechterhaltung der bestehenden guten Beziehungen. Zum Schluß versichert das Ministerium, es werde das Land gemäß der Verfassung regieren und in den Wilajets die notwendigen Reformen einführen, und hofft, man werde die Bestrebungen des Sultans unter der obwaltenden schwierigen Verhältnissen zu würdigen wissen.



Gegenüber der durch manche Meldungen hervorgerufenen Annahme, als ob an der jetzigen politischen Neugestaltung verschiedenartige Komitees mitgewirkt hätten, wird in einer Konstantinopeler Mitteilung der Wiener „Politischen Korrespondenz“ festgestellt, daß die Bewegung, die zur Wiederherstellung der Verfassung geführt hat, ausschließlich ein Werk des „Ottomanischen Komitees für Einheit und Fortschritt“ ist. Das Komitee besteht aus zwei Zentralvereinen, von denen der eine seinen Sitz in Paris, der andere in der Türkei hat. Mitglieder der Pariser Komitees sind alle im Auslande lebenden freisinnigen Türken. Der Sitz des Komitees in der Türkei ist nicht bekannt, sichtbar tritt die Leitung dieses Komitees bloß in Saloniki hervor. Zweigvereine dieses Komitees beschließen überall im Reich, auch in der Hauptstadt Konstantinopel. Außer den genannten Komitees gibt es gegenwärtig keinen anderen ottomanischen Verein dieser Art.

Persien. Die Soldaten des Schah überfielen in Täbris die amerikanische Gesandtschaft, rissen die Flaggen nieder und versuchten, amerikanische Untertanen auszurauben. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat von der Regierung des Schah Erklärungen verlangt. — Den „Times“ wird aus Täbris am 16. (3.) August mitgeteilt, daß die vom Sipachdar abgesandten Emisjare, die sich mit der Stimmung in der Stadt vor der Ankunft des neuen Gouverneurs bekannt machen sollten, in gedrückter Stimmung zurückgekehrt sind. Satter Chan hat ihnen zur Begrüßung eine Parade von 2000 Bewaffneten vorgeschickt und ihnen mitgeteilt, daß wenn die örtlichen Agenten des Schahs genügend bestraft und die Endsummen wieder eingezogen werden würden und wenn der Schah die Revolutionäre amnestieren werde, die bewaffneten Bürger den neuen Gouverneur unterstützen werden. In anderem Falle bliebe ihnen kein anderer Ausweg, als den Kampf fortzusetzen.

Von der persisch-türkischen Grenze wird aus Urmia gemeldet: Die Türken haben den westlichen Teil des Bezirks Barandus eingenommen. Dort erhoben Kurden vom Stamme Cherni den achten Teil der diesjährigen Ernte zugunsten der türkischen Regierung. — In den eingenommenen Bezirken Merzner, Desht und Terzgerwer sammeln die Türken mit Erfolg die Abgaben dieses Jahres in Natur und in Geld ein. In dem Chanat Waka, im Kreise Awadjik, haben die Türken sechs Dörfer besetzt. Die Fälle von Grenzüberschreitungen seitens der Türken mehren sich. Ein Kurdenbeg erschien im Kreise Enseli und schlug der Bevölkerung den Abtritt in türkische Untertanenschaft vor, widrigenfalls Javer-Bascha eingreifen werde. Die Kurden haben sechs Dörfer im westlichen Salnassa besetzt und gebärden sich als seine Herrn. — Die zweimonatliche Arbeit der persisch-türkischen Kommission ist ergebnislos geblieben. Die Kommissare können sich nicht darüber einigen, welche Traktate den Arbeiten zugrunde gelegt werden sollen.

Australien. Die Ankunft der amerikanischen Schlachtflotte in Audland, der schätzungsweise 100 000 Zuschauer beiwohnten, bot nach Schilderung von Augenzugenen eine prächtige Szenerie. Den Tag über fand der Austausch der offiziellen Besuche statt. Konteradmiral Sperry versicherte in Botschaften an Neu-Seeland und Australien seine Freude über den Besuch und sprach seinen Dank für den Empfang aus. Die Zeitungen Sydneys schwelgten in Verbrüderungsartikeln.

Nachrichten aus dem Kaukasus

— **Tiflis.** Die Tracierung einer Eisenbahn zwischen Tiflis und Stadikawkas über das Hochgebirge ist von der zuständigen Kommission in Petersburg, bestehend aus Vertretern der interessierten Ressorts genehmigt worden.

— Einige Cholerafälle mit tödlichem Ausgange sind hier konstatiert worden. Infolge dessen hat die Stadtverwaltung die von ihr schon früher getroffenen Maßregeln zur Bekämpfung dieser Krankheit noch verschärft. Es sind von ihr größere Kredite zur Anstellung von Ärzten, Feldschern, Krankenträgern u. dgl. genehmigt worden. An mehreren Stellen der Stadt sollen Impfstationen eröffnet werden. Auf den Märkten ist unreifes Obst sowie auch untaugliches Fleisch in größeren Mengen vernichtet worden. Vorderhand sieht die städtische Bevölkerung dem asiatischen Gaste mit verhältnismäßiger Ruhe entgegen, was einerseits dadurch zu erklären ist, daß man sich auch an das Schrecklichste gewöhnen kann und dann, daß die Bevölkerung mit dem Wesen der Krankheit und ihrer Behandlung mehr oder weniger vertraut geworden ist. Ein gesunder, unverdorbenen Magen bleibt immer der beste Schutz gegen dieses Übel.

— Die tifliser Abteilung der Russischen Gesellschaft für Geseßgebung hat das Reglement für die im Oktober dieses Jahres stattfindende Ausstellung von Klassenzeßbüchern bereits ausgearbeitet. Die Ausstellung verspricht besonders interessant zu werden, weil einige neue, durch Kreuzung gewonnene Gattungen vertreten sein werden. Auskünfte erteilt: П. Дзячубовъ, Мухайловская 130.

— Eine mohammedanische Ärztin. Die Zeitung „Tarakki“ teilt mit, daß in diesem Jahre auch eine Mohammedanerin, Seinab Chanuma, Tochter des Obersten Abdurachmanow, das medizinische Institut für Frauen absolviert habe. Sie hat eine Anstellung als Arzt im Kreise Tschkent bekommen.

— Der englische Gesandte in St. Petersburg läßt durch das Polizeidepartement bekannt machen, daß Personen, die nach Kanada auswandern wollen, um an den dortigen Eisenbahnen als Arbeiter angestellt zu werden, keinen Verdienst finden würden. Lohnende Arbeit dürften nur erfahrene landwirtschaftliche Arbeiter und weibliche Dienstboten finden. Auch könnten Personen, die genug Mittel besitzen, um sich Land zu pachten, auf ein ersprießliches Fortkommen rechnen, sonst weiter wohl niemand.

— Der Bischof von Alawerdi teilt der Verwaltung der Gesellschaft zur Verbreitung der Schulbildung in Georgien mit, daß er in diesem Jahre 400 Rbl. zu Bildungszwecken spende. Vom nächsten Jahre an aber wolle er das Doppelte geben; doch soll dieses Geld nicht nur für christliche, sondern auch für mohammedanische Kinder der Georgier verwandt werden.

— Herr Kalweit, der vor kurzem das 50-jährige Jubiläum seiner Tätigkeit als Geistlicher in der hiesigen Baptisten-gemeinde gefeiert hat, ist nach Berlin gereist, um daselbst an dem am 16. Aug. zu eröffnenden Baptistentongress als Vertreter der hiesigen Gemeinde teilzunehmen.

— Dem „Tifl. Lit.“ wird aus Kutais gebrähtet, daß am 8. August daselbst eine Adlige, Alexandra Tschcheidse und ein Seminarist mit 736 Stück falscher Dreirubelscheinen verhaftet worden sind.

— **Rigoiti** (bei Batum). Die Missernten der letzten Jahre

hatte die Landleute auf den Gedanken gebracht, die Aussaat von Weichkorn recht früh vorzunehmen, damit die Regengüsse der Monate Juli und Juli den Feldern nicht mehr schaden könnten. Doch regente es in diesem Jahre beständig schon seit dem März, wodurch die Weichkornfelder und andere Saaten stark geschädigt wurden und auch die Trauben gelitten haben. Infolge des beständigen Regens und des mangelhaften Wasserabflusses leidet die Bevölkerung von Nigoi furchtbar an der Malaria. Es sind auch Vieh- und Geflügelpesten ausgebrochen, gegen welche die Einwohner vergeblich ankämpfen.

Aus den Kolonien.

Helenendorf (Transkaukasien). Herr Oberpostor Wirén ist von seinem Urlaub, den er, wie wir seinerzeit mitteilten, zu einer Auslandsreise benutzt hat, zurückgekehrt und hat die Erfüllung seiner Obliegenheiten wieder aufgenommen.

Elisabethtal, in Transkaukasien, im August 1908. An unsere Kritiker. Von Zeit zu Zeit erscheinen in der „K. Post“ Artikel, welche Fragen behandeln, die mit dem Leben unserer Gemeinde aufs engste verknüpft sind, welche aber trotzdem meist mit klammervoller Einseitigkeit geschrieben werden und völlige Unkenntnis der lokalen Verhältnisse verraten, wodurch sie der Sache, welcher sie nachhelfen wollen, leider nur schaden. Würden wir bei den Herren Korrespondenten nicht wenigstens noch die gute Absicht voraussetzen, so müßte unser Urteil noch viel härter ausfallen. Auch in Nr. 6 der „K. P.“ bringt ein Herr K. B. einen solchen Artikel betreffend Obstbau und Wasserleitung in Etal. Wir wollen die Behauptung des Herrn Einsenders gelten lassen, daß die Idee der Veredlung wilder Obstbäume auf der Waldplatte von Herrn D. ausging, doch damit ist dessen besonderes Verdienst auch zu Ende; im übrigen wurde die ganze Angelegenheit seitens der Gemeinde als solcher, nicht aber nur durch einige Männer gefördert. Ferner war dies nicht vor 3, sondern vor 12 Jahren der Fall. Sie hat wohl auch ihre Gegner, wie es mit so manchem neuen Unternehmen der Fall zu sein pflegt, doch wußten diese schon damals ganz genau, weshalb sie sich so stellten, ja scheinbar haben sie sogar recht behalten, da es die Gemeinde in 12 Jahren eben nur auf sechs Rubel Einnahmen gebracht hat. Trotzdem will weder Gemeinde noch Amt den Gedanken fallen lassen. Was in 12 Jahren nicht geworden, soll und kann doch noch werden. Wiederholt wurden die tilscher Obstbändler herangezogen, allein bis jetzt verweigerten dieselben kategorisch, auch nur eine ganz geringe Summe zu zahlen. Also Kenner sogar wollten von der Ausnutzung des Waldobstes nichts wissen. Die Gründe dafür liegen jedoch nicht in dem Eigenum drei Kolonisten, oder in der Fahrlässigkeit des Vorstands in Etal, wie Herr K. B. leichtfertig urteilt, sondern ganz wo anders. Doch darauf werden wir noch bei der Wasserleitung zu sprechen kommen. Nebenbei sei bemerkt, daß 1000 junge Obstbäumchen schon bestellt sind.

Seit Jahren bildet die Wasserleitung in Etal das Schmerzenskind seiner Bürger, da nicht nur die zu seiner Anlage erforderlichen Mittel sehr schwer zu beschaffen sind, sondern hauptsächlich wohl darum, weil auch heute noch manche Leute die Notwendigkeit des Baues einer Wasserleitung nicht einsehen

wollen und gerade heraus behaupten: „Ich hab' noch gar keinen Wassermangel gehabt.“ In den letzten 3—4 Jahren wurde die Wasserfrage immer wieder aufs Tapet gebracht, doch konnte ein entscheidender Gemeindebeschluß nie zu Stande kommen, da die Mehrheit einen solchen nicht unterschreiben wollte. Wäre man dem einsichtsvolleren Teile durch Rat und Tat beigezungen, so wäre gewiß die Anerkennung seiner Bestrebungen nicht ausgeblieben. Leichtfertige, einseitige Urteile aber, ohne Kenntnis der Sachlage abgegeben, können der Sache nur schaden, was denn auch das Ziel einiger unserer Mitbürger gewesen zu sein scheint. Endlich am 11. Februar d. J. kamen von 187 Wirten 154 zur Gemeindeversammlung, von denen 130 für den Bau einer Wasserleitung stimmten. Also haben wir jetzt einen gesetzlichen Gemeindebeschluß, der uns zu bauen heißt. Zugleich wählte die Gemeinde 13 Bevollmächtigte, die alle Detailfragen in der Sache, wie Bestimmung des Vorschlags, des Baumaterials usw. beraten und entscheiden sollen. 3 dieser Bevollmächtigten, nämlich den Herren Im. Fric, Fr. Bauer und Jakob Pfau, wurde außerdem die spezielle Aufsicht über den Bau, sowie die Beschaffung der nötigen Mittel und Materialien aufgetragen. Daß die Gemeinde, sowie die Dorfverwaltung bestrebt gewesen sind, den geeignetsten Männern aus ihrer Mitte diese so wichtige Sache zu übertragen, wird man uns doch wohl glauben. Daß Fehlgriffe möglich sind, wissen wir, jedoch hat Etal bis jetzt noch gar keine Ursache gehabt, anzunehmen, es habe sich in der Wahl der bevollmächtigten Personen im gegebenen Falle geirrt. Den Vorwurf, als wollte man die Frage bis ins Unendliche hinauschieben, weisen wir als unberechtigt zurück. Daß Elisabethtal nach dem 11. Februar d. J. nicht so gleich an den Bau der Leitung ging, hat seinen Grund ausschließlich in wirtschaftlichen Verhältnissen. Da nämlich Elisabethtal im März und April d. J. für ca. 20 000 Rbl. Futter kaufen mußte, weil das Vieh abgemagert und entkräftet war, die Frühjahrsweide aber immer noch auf sich warten ließ, so war an Zahlungen für die Wasserleitung natürlich vor der Hand gar nicht zu denken. Viele Wirte sind dadurch auch jetzt noch so in Geldnot, daß sie kaum, oder doch nur schwer, ihren Verpflichtungen nachkommen können.—Die Kolonie hat beschlossen, die Wasserleitung auf ihrem eigenen Lande zu bauen und ließ das Projekt des Herrn D. fallen. Herr K. B. glaubt aber, ohne die Verhältnisse auch nur annähernd zu kennen, das Projekt der Gemeinde verurteilen und gleich zum Tode verurteilen zu dürfen. Man solle nicht daran denken, in Elisabethtal das „Altdorfwässle“ in die Kolonie zu leiten, da die Leitung von Lamshewi nur ca. 3000 Rbl. zu stehen käme, während das Projekt der Gemeinde 25 000 Rbl. kosten würde. Hätte Herr K. B. nicht nur auf leeres Gerede gehört, sondern auch ein klein wenig nachgedacht und nachgeschaut, so würde ihm gewiß—sagen wir gelinde—dieser Irrtum eripart geblieben sein. Die Strecke der Leitung Lamshewi bis zum Bassin in Elisabethtal beträgt 1000 Faden, oder 2 Werst, diejenige vom Altdorf 1100 Faden, oder 2 Werst 100 Faden. Die Bodenarbeiten in Lamshewi sind leichter. Würde Elisabethtal Zementröhren verwenden, so käme die erste Leitung bis zum Bassin wirklich etwas über 3000 Rbl. zu stehen; die Leitung „Altdorf“ bis zum Bassin mit gußeisernen Röhren würde ca. 5000 Rbl. kosten; es ergibt sich somit ein Unterschied von weniger als 2000 Rbl. Nimmt aber die Gemeinde auch hier Zementröhren, was bis zum Bas-



ein durchaus möglich sein soll, nach dem Ausspruch von Sachleuten, so bleibt kaum ein nennenswerter Unterschied außer der schwierigen Bodenarbeit, welche aber schon von der Gemeinde fast ganz getan ist. Bei der Leitung „Altdorf“ hat aber die Gemeinde andere Vorteile: a) hat sie das Quellengebiet auf ihrem Lande und niemand kann es ihr streitig machen; b) hat sie besseres und mehr Wasser, auch wenn keine neuen Quellen aufgedeckt werden sollten, worauf man aber stark hofft; c) kann das Wasser im Altdorf in einen Zementtunnel gesammelt werden, der billiger zu stehen kommt, als ein Filter bei offenem Wasser in Lamschewi, von der Instandhaltung und Ausbesserung eines Filters, die jährlich mindestens 1000—2000 R. kosten würde, ganz zu geschweigen. Ein Filter bringt eben ewige Ausgaben mit sich. Man hat seiner Zeit zwar versprochen, sich für das Projekt Lamschewi bei der höhern Behörde zu verwenden, von „Papieren“ aber, wonach die Quellen der Kolonie „zugesprochen“ worden sein sollen, weiß man hier nichts; man weiß aber, daß unsere Nachbargemeinde Klein-Enageti, sobald sie merkte, man könnte die Quellen von Lamschewi ihnen wegnehmen, anfang, zu protestieren und zu drohen. Warum Herr K. B. nun von einem teuren Projekt redet und woher er den Unterschied von 22 000 Abl. nimmt, wo derselbe doch kaum einige Hundert Abl. ausmacht, begreifen wir nicht. Eben so unberechtigt, man möchte fast sagen leichtfertig, in die Behauptung, daß die Frage des Baues einer Wasserleitung „bisher nur von einzelnen Leuten abhängig gemacht wurde.“ Wie schon oben gesagt, ist der Bau aus rein wirtschaftlichen Erwägungen aufgeschoben worden. Als man Anfang Juli glaubte, nun in der Sache etwas tun zu können, berief das Schulzenamt die 18 Bevollmächtigten der Gemeinde und beratschlagte mit ihnen. Am Tage darauf wurde die ganze Gemeinde berufen und ihr vorgetragen, daß die Bevollmächtigten mit dem Schulzenamte nun beraten und beschlossen hätten, nach Beendigung der Feldarbeiten an den Bau der Wasserleitung heranzutreten, zu welchem Zweck vor allem natürlich das nötige Geld eingezahlt werden müßte. Auch jetzt noch ist die Gemeinde einzig und entschlossen, auf dem eingeschlagenen Wege weiter zu gehen, nur Herr D. protestiert und verlangt wie immer das „Enageter Wasserle.“ während einige andere Wirte zwar im Prinzip mit dem Projekte der Gemeinde einverstanden sind, aber gegen die Grundlage des Vorschlags Zweifel und Bedenken äußern. Rein, einzelne Leute wollen und sollen hier auch nicht entscheiden. Hat aber die Gemeinde erst mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit beschlossen, zu bauen, so sind die Bevollmächtigten und das Schulzenamt auch berechtigt, besser gesagt verpflichtet, in der Sache etwas zu tun, Herr D. aber und Co. dürfen nicht in der Gemeinde eine Sondergemeinde bilden, sondern müssen mitmachen. Will aber die Gemeinde keine Wasserleitung oder nicht die vom Altdorf, so muß sie ihre Vollmacht wenigstens mit einfacher Mehrheit widerrufen und andere Bestimmungen treffen.

Es folgen die Unterschriften des Schulzen (A. Schlecht), der beiden Beisitzer, dreier Bevollmächtigten (Jak. Pfau, Im. Fried und H. Bauer) und des Gemeindegeschreibers Dietl.

Die deutschen Siedlungen an der Wolga

(4. Fortsetzung.)

Die in der vorigen Nummer erwähnten Unterlassungssünden der deutschen Ansiedler an der Wolga haben aber, wie Bauer behauptet, die Entwicklung der Kolonien bei weitem nicht so gehemmt, wie die unglückliche Verwaltung derselben durch unfähige Beamte. Infolge Manifest vom 22. Juli 1763 war in St. Petersburg eine Tutel-Kanzlei errichtet worden, deren Befugnisse und Obliegenheiten im allgemeinen denen der sog. „Staatskollegien“ (Ministerien) entsprachen. Sie hatte die Niederlassung ausländischer Ansiedler in Rußland und die Verwaltung der neuentscheidenden Siedlungen nach gewissen an Allerhöchster Stelle verordneten Grundsätzen zu regeln. Namentlich war die Kanzlei verpflichtet, „alle gerechten Ansprüche der eingewanderten Ansiedler zu erfüllen und dafür Sorge zu tragen, daß sie gleich bei ihrem Erscheinen in Rußland keinerlei Bedrückungen ausgesetzt und ihnen für die erste Zeit Wohnungen zum Aufenthalte und zur Verfügung gestellt würden, bis sich ein jeder nach eigenem Belieben niederlassen könnte“. Ferner wurde der Kanzlei zur Pflicht gemacht, den Gouverneuren der betreffenden Gouvernements die erforderliche Weisung zu geben, den neuen Ansiedlern dieselbe Hilfe und Unterstützung angedeihen zu lassen, wie solches im Gouvernement St. Petersburg geschah. Die örtliche Verwaltung der Kolonien war besonderen Kommissären übertragen. Dabei sollten aber laut Punkt 5 des Abschnittes 6 obigen Manifestes diese Beamten an den inneren Einrichtungen der Kolonien gar keinen Anteil haben, mit anderen Worten—die innere Verfassung in den Kolonien wurde dem eigenen Gutdünken der Kolonisten überlassen. Dementsprechend wußten auch alte Leute von Versammlungen zu berichten, die der Vorsteher, der Schulmeister und die Vornehmsten des Dorfes jedesmal vor der Ankunft des Kommissärs abhielten, um zu beraten, was letzterem mitzuteilen oder von ihm zu erbitten wäre, und daß der Kommissär gegen die Kolonisten stets zuvorkommend gewesen sei, alles erfüllt habe, was sie von ihm verlangt hätten, in die Häuser gegangen sei, ihre Einrichtungen gelobt und sich namentlich der Kranken stets nachdrücklichste angenommen habe. Die Verwaltung der Kolonien durch Kommissäre, welche vor der Tutel-Kanzlei verantwortlich waren, erwies sich jedoch schon bald, namentlich wegen der großen Entfernung der Kolonien von der Residenz, dem Sitz der Tutel-Kanzlei, wie bereits oben bemerkt, die um so größer erschien, als es damals noch keine so bequemen Verbindungen gab, wie heute (Eisenbahnen etc.), als höchst ungeeignet und so wurde denn in Scharatow das „Vormundschafskomptoir“, eine Abteilung der „Tutel-Kanzlei“, als örtliche Verwaltungsoberbehörde etabliert, welcher die Kommissäre unmittelbar unterstellt waren. Die innere Jurisdiktion blieb den Kolonien noch erhalten. Im Jahre 1782 wurde das Vormundschafskomptoir dann mit einemmal aufgehoben und die Verwaltung der Kolonien dem Scharatower Kameralhof übertragen, wobei die Erhebung der Steuern und sonstiger Zahlungen, die Tilgung der schon zu Anfang vorstehenden Referats erwähnten Kronschuld, sowie die Polizei in den Kolonien dem „Isprawnik“ (Landvogt) übergeben wurde. Damit war natürlich der Autonomie der Kolonien ein vorzeitiges Ende bereitet worden. „Die Kolonisten“, hieß es hernach in einer offiziellen Erklärung,

waren unter dieser Verwaltung schon nach einigen Jahren in eine so bedauerliche Verfassung geraten, daß sie weder ihre Kronsabgaben, noch sonst irgend welche Zahlungen zu leisten imstande waren, ihre Getreidemagazine leer standen und sie total zu verarmen drohten". Auf Allerhöchsten Befehl wurde dann der Reichl. Geheimrat Senator Gablitz in die deutschen Siedlungen an der Wolga beordert, um die Ursachen des auffallenden Rückschritts der Kolonien festzustellen. Gegen 3 Jahre verweilte Gablitz in den Kolonien, von denen er keine unberücksichtigt lies. In seinem Berichte sprach sich Gablitz dann dahin aus, daß als Hauptveranlassung zur Verarmung der Kolonisten die ungeeignete Verwaltung zu betrachten wäre und daß der Wohlstand der Kolonien nur unter der Bedingung wiederhergestellt werden könnte, wenn den Kolonisten ihre frühere Selbständigkeit, die zu ihren Verhältnissen und Bedürfnissen besser passe, zurückgegeben würde. Darauf erfolgte im Jahre 1798 eine Allerhöchste Verordnung, die Oberverwaltung der Kolonien an der Wolga dem Ressort des Innern zu entziehen und mit ihr das Departement der Reichsökonomie und der öffentlichen Bauten zu betrauen, und in Sjaratow eine besondere Behörde, das „Sjaratow'sche Intel-Kontor für die ausländischen Ansiedler“ als Oberverwaltungsbehörde zu errichten und zwar mit folgendem Beamtenbestand: 1 Oberrichter (Allerhöchst zu bestätigen), 2 Mitgliedern, 1 Sekretär, 2 Ärzten, 1 Buchhalter, 1 Landmesser und 1 Translatenr, welche vom Minister zu beschäftigen waren. Alle übrigen Beamten stellte das Kontor von sich aus an. Im Jahre 1838 wurde die Oberverwaltung der deutschen Kolonien im Reich dem neuerrichteten Ministerium der Reichsdomänen übergeben, welchem auch das Intel-Kontor, das nunmehr die Benennung „Sjaratow'sches Kontor für die ausländischen Ansiedler“ erhielt, unterstellt wurde. Der „Oberrichter“ hieß nun „Dirigierender“ und wurde das Kontor den übrigen Domänenverwaltungen gleichgestellt, ohne daß es jedoch seinen abweichenden Charakter als Oberbehörde für freie Bauern, im Gegensatz zu den jeder Selbstbestimmung entbehrenden Kronsbauern, zu ändern. Hinsichtlich der örtlichen Verwaltung bildeten die Kolonisten jeder Kolonie eine Dorfgemeinde, welche verwaltet wurde: 1) von der Gemeindeversammlung selbst, zu der nicht weniger als ein Kolonist von jedem Hofe einberufen wurde und 2) von einem Ortsgericht (Kolonie- oder Schulzenamt), das aus einem Vortreiber (Schulzen) und zwei bis vier Beisitzern, je nach der Größe der Gemeinde, bestand. Führung der Rechnung und des Schriftwechsels wurde von einem „Kolonieschreiber“ besorgt, der nichtswieise dienste, für nichts verantwortlich war, sich jedoch gewöhnlich (mit äußerst seltenen Ausnahmen) alles erlaubte und in der Gemeinde die Hauptrolle spielte, da er stets eine Kreatur des Kontors war, von welchem er angestellt und bestätigt wurde. Die Befugnisse und Verpflichtungen der Gemeindeversammlungen waren: Wahl von Personen zur Dorf- und Kreisverwaltung; Entlassung solcher Kolonisten, die in einen andern Stand zu treten beabsichtigten; Zusammenstellung der Bokationen bei Berufung eines Geistlichen oder Schulmeisters; Durchsicht und Beurteilung der Bitten und Klagen hinsichtlich der Gemeindebedürfnisse; Zusammenstellung der Steuer- und Abgaben-Vorschläge; Durchsicht der Rechenschaftsberichte der Ortsbeamten am Jahresschluß oder nach Ablauf ihrer Dienstzeit; Abfassung von Beschlüssen wegen Ausschließung und Entfernung aus der Gemeinde von Personen, die ein liederliches Leben führ-

ten usw. Das Kolonieamt war verpflichtet, wöchentlich wenigstens einmal nach der Bestimmung des Vorstehers Sitzung zu halten und besondere Bücher zu führen: zum Einschreiben der obrigkeitlichen Befehle und Verordnungen; über Einnahme und Ausgabe von Summen, sowie auch über Geld-, Getreide- und dergl. Erhebungen; zum Eintragen von Klagen, Forderungen und Streitigkeiten und der in diesen Sachen getroffenen Verfügungen. Dem Vorsteher war nach den Instruktionen u. a. auch das Recht eingeräumt, Kolonisten, die sich eines Vergehens schuldig gemacht hatten, zu strafen, jedoch nicht anders als mit Einwilligung „der besten Leute“ in der Gemeinde oder nachdem die Erlaubnis des Kreisamts dazu eingeholt worden war. Hinsichtlich der Gerichtsbarkeit waren die Kolonien in Kreise eingeteilt, von denen ein jeder aus mehreren (von 3 bis 15 und 16) Gemeinden bestand und sein besonderes Kreisamt hatte. Dieses Kreisamt war zusammengesetzt aus einem Obervorsteher (Oberschulzen) und zwei bis vier Beisitzern, welche von den Gemeinden des Kreises, ersterer auf drei und letztere auf zwei Jahre, gewählt wurden. Das Sekretariat des Kreisamtes versah ein „Kreisarchivar“ mit einem bis drei Gehilfen. Dieser Kreisarchivar wurde mit Einwilligung des Obervorstehers von dem Kontor angestellt und bestätigt und spielte im Kreise stets und überall die Hauptrolle; er war zugleich die Vertrauensperson der Beamten des Kontors, durch welchen sie ihre Absichten in den Kolonien erreichten und alle ihre Pläne durchführten, weshalb er auch eine fast unumschränkte Macht ausübte und bei den Kolonisten in nicht geringerem Ansehen stand. Die Kanzleiangelegenheiten und die Ordnung des Schriftwechsels und der Rechnungsführung waren im Kreisamte dieselben, wie im Kolonieamte, jedoch mit dem Unterschiede, daß die Gerichtsbarkeit der ersteren als höchste Instanz auf den Kolonien alle Gemeinden des Kreises umfaßte. Demzufolge waren die Ortsvorsteher dem Obervorsteher untergeordnet und die Kolonieschreiber von den Kreisarchivaren abhängig. Der Obervorsteher hatte unter anderem auch das Recht, die Kolonisten seines Kreises für verschiedene Vergehens mit Geld, Arrest, öffentlichen Arbeiten und sogar mit Ruten zu bestrafen; doch mußte er in jedem besonderen Falle die Erlaubnis des Kontors dazu einholen. Streitigkeiten und Forderungssachen, welche im Kolonieamte zufolge der Klage eines Beleidigten nicht beendet werden konnten, wurden dem Kreisamte übergeben und von diesem dem Kontor zur allendlichen Entscheidung vorgestellt, mit welchem das Kreisamt in unmittelbarer Verbindung stand. Außerdem wurden noch im Jahre 1827 auf Allerhöchsten Befehl besondere Aufseher der Kolonien engagiert. Die Kolonien wurden zu diesem Ende in mehrere Distanzen eingeteilt, deren jede von einem Aufseher inspiziert wurde. Jeder Aufseher hatte seinen Sitz in einer Kolonie der ihm anvertrauten Distanz, seine Hauptobliegenheit bestand darin, die Kolonisten von Auswanderungen abzuhalten und dem Kontor darüber zu berichten. Ferner waren die Aufseher verpflichtet, das Kontor, ohne jedoch eigenmächtige Verordnungen zu treffen, „bei der Förderung des Wohlstandes der Kolonisten zu unterstützen, unter denselben die erforderliche Ehrfurcht vor der Obrigkeit zu erhalten und darüber zu wachen, daß die eingeführte Ordnung in den Kolonien unverletzt gehalten werde“. Zugleich erfüllte jeder Aufseher die Pflichten eines Untersuchungsrichters in seiner Distanz und vertrat das Kontor als Deputat in Gerichts-



sachen, welche Russen und Kolonisten betrafen. Durch die Instruktionen waren keine Kreisversammlungen verordnet worden, doch wurden solche, sobald es die Nothwendigkeit erheischte, auf Anordnung der Kreisämter einberufen, wobei stets jede Gemeinde durch ihren Ortsvorsteher oder dessen Stellvertreter und zwei bis drei Bevollmächtigte vertreten wurde. Die Beschlüsse dieser Kreisversammlungen, welche der Obervorsteher des Kreises in der Eigenschaft eines Vorsitzenden direkt (indirekt aber sein Kreis-schreiber) leitete, hatte für alle Gemeinden des Kreises Gültigkeit. In gleicher Weise wurden auch bisweilen Versammlungen der Obervorsteher und Deputirten aller Kreise der Wolgafolonisten in allgemeinen Angelegenheiten einberufen, welche gewöhnlich in Sjaratow stattfanden. Das Kontor bestand der Hauptsache nach aus drei Gerichtskammern: a. der Session, welcher als der Entscheidungskammer der Oberrichter oder Dirigierende vorstand, der alle Verfügungen zu bestätigen hatte; b. der ersten oder ökonomischen Abteilung, welche die Steuererhebungen, Vorratsmagazine, die Wahl, Befähigung und Befoldung der Kreis- und Dorfbeamten und die öffentlichen Bauten zu verwalten, die Vokationen der Geistlichen und Schulmeister zu bestätigen hatte usw., und c. aus der zweiten oder juridischen Abteilung, welche alle zwischen Kolonisten vorkommende Prozesse und Streitigkeiten verhandelte und entschied, die Forderungs-, Erbschafts- und Pachtangelegenheiten der Kolonisten besorgte usw.—Im Jahre 1809 wurden die Kolonisten hinsichtlich der Entrichtung von Steuern und Abgaben mit Ausnahme der Militärpflicht und Einquartierung von Militär, den russischen Bauern gänzlich gleichgestellt. Vom Jahre 1840 an mußten die Kolonisten zur Unterhaltung des Sjaratow'schen Kontors für die ausländischen Ansiedler 18 Kop. und später 22 pro Revisionsseele jährlich entrichten, was im Jahre 1867 die Summe von 22 137 Rbl. 6 Kop. ausmachte. Im Nachsommer 1871 wurden die Kolonisten auf Allerhöchsten Befehl von der Verwaltung des Kontors entbunden, die ökonomische unter Leitung eines Landamtes ihnen selbst anheingestellt, die Gerichtsbarkeit aber dem Friedensrichterinstitut und Kreisgericht (Schöffen- oder Geschworenengericht) übergeben. Doch bestanden noch einige Teile des Sjaratow'schen Kontors für die ausländischen Ansiedler, namentlich die Verwaltung der Schul- und Kirchenangelegenheiten bis gegen Ende des Jahres 1876. Endlich ward im Jahre 1873, ebenfalls zufolge Allerhöchster Verordnung, die Militär-Exemption der Kolonisten aufgehoben und wurden dieselben zur allgemeinen Wehrpflicht herangezogen.

(Fortf. folgt.)

A. F.

darf unsere nationale Arbeit zur Wahrung unseres ^{Pflichtigen} Besitzes stille stehen. In Osterreich-Ungarn, wo ^{unserer} slawischen Freunde die Deutschen ausrotten möchten, können sie doch nicht leben ohne das Deutsche. Trotz allem so vielfach von oben unterlückten Sträuben der Tschechen, Polen, Slowenen, Italiener und Ungarn ist und bleibt die deutsche Sprache in allen östereichisch-ungarischen Gebieten die Trägerin und Bringerin aller Kultur, die allgemeine Vermittlungs- und Handels-sprache. In Ungarn ist freilich Deutsch nur die zweite Verkehrssprache neben dem Magyarischen; dieses aber hat nur im östlichen Verkehr den Vorrang; über die Grenzen des ungarischen Globus hinaus dringt der Laut des Magyarischen nicht: wer's zu etwas bringen will, muß Deutsch können, denn das Deutsche ist für ein Duzend von Nationalitäten, die es bekämpfen, dennoch, wie die Graubünder Rätoromanen es nennen, die „lingua di pane“, die Brotsprache. Weit über Ungarn hinaus noch ist Deutsch die Sprache mindestens des Durchgangsverkehrs, des Großhandels, der im lebendigen Leben stehenden Gebildeten. Interessant ist dabei die Rolle, die im ganzen Osten bis nach Kaukasien und Sibirien die Juden als Träger der deutschen Sprache spielen. Sie haben es, wie Dr. Winterstein in seinem Büchlein über die Verkehrssprachen der Deutschen erzählt, im Mittelalter in der damaligen Gestalt aus Deutschland mitgebracht und inzwischen teilweise umgebildet, d. h. verunstaltet und mit allerhand fremden, namentlich hebräischen Bestandteilen vermischt. Dieses „Jiddisch-Deitsch“ ist die Sprache der russisch-polnischen, galizischen, ungarischen und rumänischen Juden. Am feinctwillen begegnet man im europäischen Osten so oft der grotesken Verwechslung oder Gleichstellung von Deutschen und Juden. Jedenfalls ist Deutsch in ganz Nordost- und Osteuropa das wichtigste Verständigungsmittel, unentbehrlich namentlich auch den slawischen Brüdern, wenn sie aus Süd und Nord zusammenkommen, um gegen den verdammten Deutschen Kriegsrat zu pflegen. Auch inmitten des Sprachewirrwars der Balkanhalbinsel geht es mit dem Deutschen vorwärts. In Serbien, namentlich in Belgrad wird viel Deutsch verstanden; es ist dort auf fast allen Schulen Pflichtgegenstand. Die gebildeten Rumänen haben zwar eine Vorliebe für das Französische, doch setzt sich daneben das Deutsche mehr und mehr durch; namentlich wird in der Geschäftswelt schon um der vielen anständigen Deutschen und auch Juden willen viel Deutsch gesprochen. In Bulgarien und Ostrumelien ist Deutsch trotz der nahen Beziehungen zu Rußland und der slawischen Bruderschaft sogar die zweite amtliche Sprache der Verkehrsanstalten neben dem Bulgarischen. In der Türkei überwiegen ja besonders nach dem äußeren Eindruck Französisch und Griechisch, im Westen auch Italienisch das Deutsche noch erheblich. Aber auf das Vorwärtsschreiten des Deutschen gerade auf diesem Gebiet ist ja in neuester Zeit oft aufmerksam gemacht worden. Namentlich in der Hauptstadt Konstantinopel und auf den Eisenbahnen kann man diese erfreuliche Entwicklung beobachten. Auf türkischen Kriegs- und Hochschulen ist Deutsch neben dem Französischen Pflichtfach. In Rußland, um dies hier anzuschließen, muß jeder Kaufmann, jeder Gebildete eine westeuropäische Sprache beherrschen. Immer mehr, namentlich im Erwerbsleber, kauft dabei das Deutsche dem Französischen den Rang ab. Seit 1902 mußte der Staat in seinen Schulen den französischen Unterricht fast ganz zu Gunsten des Deutschen aufgeben. An der

Der Bereich der deutschen Sprache in Europa.

Der Bereich der deutschen Sprache in Europa und damit der Einflußbereich deutschen Wesens erstreckt sich weiter als die deutschvölkische Siedelung selber. Man muß, meint die „Tägl. Rundschau“, jene weiteren Grenzen kennen, denn erst an ihnen

Moskauer Börse ist Deutsch offiziell. In den Ostseeprovinzen ist es von altersher zu vier Fünfteln die Geschäfts- und Verkehrssprache. Nicht so mächtig wie nach Osten hin erstreckt sich der Bereich des Deutschen nach Westen, namentlich wenn man von dem nach Sprache und Volkstum rein niederdeutschen Hol- land und von der deutschen, trotz allem ferndeutschen Schweiz absteht. In Holland pflegt man übrigens neben der niederdeut- schen Schriftsprache mehr und mehr auch das Hochdeutsche. In der Schweiz ist ein schlimmerer Feind des Hochdeutschen als al- les Französische die jeweilige deutschschweizerische Mundart, die sich freilich ihrerseits auch vom Französischen nichts anfechten läßt. Auch hier aber erheben sich mehr und mehr Stimmen für den Kampf des Hochdeutschen gegen das Französische. Nach Frankreich hinüber reicht das Deutsche nur im äußersten Nord- westen mit einem kleinen flämischen Zipfel. Sehr wesentlich dagegen ist für das Gesamtdeutsche die starke Stellung des nie- derdeutschen Vlämments in Belgien. Das dem Holländischen fast ganz gleiche Vlämisch hat in den letzten Jahren gegenüber dem wallonischen Französisch in seinem Kampf um Gleichberech- tigung Erfolg auf Erfolg errungen. Noch bleibt ein Blick nach nördlicheren und südlicheren Ländern zu tun. In England spielt Deutsch keine Rolle, wohl aber in Dänemark und Schweden. Und im ganzen Norden ist Deutsch die herrschende Sprache der Wissenschaft. Im romanischen Süden kommt Italien für die Beobachtung eines erfreulichen Fortschreitens der deutschen Sprache in Betracht. Namentlich in der Kaufmannswelt macht dort das Deutsche Eroberungen. Der deutsche wirtschaftliche Einfluß in Italien entwickelt sich demgemäß auch immer weiter, von der deutschen Sprache gefördert und selber sie fordend. Ein Schul- beispiel für die Wahrheit, daß der Handel der Sprache folgt, nicht der Sprache.

Die Politik der Jungtürken.

(Orig. Kerr. der „Neuen Freien Press“ aus Konstantinopel.)

Man kann sich unmöglich darüber hinwegtäuschen wollen. Wir leben in voller Revolution. Nicht als ob Unruhen vor- gefallen wären. Vielmehr wurde die Ordnung in der Haupt- stadt bisher in geradezu bewundernswürdiger Weise aufrecht- erhalten. Aber es ist die Ordnung des Umsturzes. Den wahr- en Charakter prägt der Bewegung das Dasein und das Geben des „Komitees“, das ist des „Komitees für Freiheit und Fortschritt“ auf. Was ist dieses Komitee? Zunächst ein straf- barer Geheimbund. Nach der Auffassung seiner Anhänger wohl die verkörperte sogenannte öffentliche Meinung. Tatsächlich je- denfalls ein neues Element im politischen Leben, ein neues, nicht klar umschriebenes Gebilde vom türkischen Staatskörper, in dessen Organismus es sich nicht einfügen läßt, auf dessen Gehaltung und Entwicklung aber es augenfälligen Einfluß nimmt. Eine neue Macht, undefinierbar und ungreifbar, die aber durch ihre Erfolge unwiderlegliche Beweise ihrer Existenz und damit bis zu einem gewissen Grade auch ihrer Existenzberech- tigung geliefert hat und liefert. Dabei ist das Auftreten dieser neuen Gebieter voll innerer Widersprüche. Ohne jede Legiti- mation und durchaus illegal, heißen sie für sich Anerkennung und Autorität, treten für Recht und Gesetz ein. Selbst im ge- heimem spürend und schwärend, bekämpfen sie laut alle Spionage und fordern weiteste Öffentlichkeit für alle Akte der Staatsver- waltung. Absolut in der Ausübung ihrer Macht und unduld-

sam gegen jeden Widerspruch, bekämpfen sie die absolute Macht des Souveräns und, selbst unverantwortlich, wenden sie sich heftig gegen die unverantwortlichen Ratgeber des Herrschers.

Indessen ist es müßig, diese Widersprüche zu konstatieren, die übrigens in gleicher Weise allen ähnlichen Organisationen, den Klubs und deren Vorläufern in der französischen, Revolution anhaften. Sie ändern nichts an den Tat- sachen und beeinträchtigen nicht die Macht des Komitees, das in wohl nie dagewesener Weise mit der Regierung und dem Sultan auf dem Fuße völliger Gleichheit verhandelt.

In der Tat verdienen die Leistungen der ungenannten Führer und nicht zum mindesten die auf agitatorischem Gebiet, alle Anerkennung. Die Inszenierung aller Demonstrationen lag im wesentlichen in ihrer Hand. Sie gaben die Parole des Ta- ges aus, bestimmten das Thema der gehaltenen Reden; die Ent- scheidung und Dämpfung der Aufregung waren hauptsächlich ihr Werk. Sie verfolgten mit sicherem Blick die hochgehenden, bald neben einander laufenden, bald sich kreuzenden Strömungen des Tages und wußten geschickt jede in ihr Bett zu leiten. Dabei hat das Komitee neben zielbewußter außerordentlicher Energie, großer Umsicht und Klugheit, vor allem lobenswerte Mäßigung betätigt.

Neuestens aber scheint eine radikalere Richtung die Ober- hand zu gewinnen. Die Entfernung gewisser kompromittierter Günstlinge und Träger des früheren Systems ist eine gewiß zu billigende Maßregel. Doch darf sie nicht, wie legbin des öftern geschah, in terroristische Verfolgung unbelieb- ter Persönlichkeiten ausarten und nicht zu tätlichen Angriffen auf die Person der Gestürzten führen.—Daß ferner das Komitee der Vollziehung der ihm gegebenen Zusagen sicher sein will, ist begreiflich. Befremdend aber wirkt es, wenn alle Akte der Regierung nur unter Assistenz von Delegierten des Komitees vor sich gehen und gewissermaßen erst durch die Gegenwart die- ser Herren mit Roharde und Schleife ihre Sanktion empfangen. Die ernstesten Bedenken aber muß die Stellung des Komitees in Bezug auf die Armee hervorrufen, namentlich die Berei- digung der Truppen auf die Verfassung.

Das Komitee ist sich gewiß im klaren über die Unzuläng- lichkeit und praktische Unwirksamkeit des durch diese Maßregel beabsichtigten Schutzes sowie über die Gefahren, die sie für die Disziplin der Armee in sich birgt, zumal da nach der Verfas- sung künftig auch die Angehörigen der verschiedenen christlichen Nationalitäten zum Militärdienst herangezogen werden können. Wenn man dennoch auf dieser doktrinären Maßregel bestand, so zeigt dies entweder von uneingestandenem, weiter gehenden revolutionären Absichten des Komitees oder mindestens im all- gemeinen von dem steigenden Einfluß der extremen, von Miß- trauen gegen das Palais erfüllten Gruppen der eigenen Partei. Indessen droht jetzt vom Palais gewiß keine Gefahr. Alle Mi- nister und Würdenträger haben den Sultan von der durch das Staatsinteresse und sein persönliches Inte- resse gebotenen unabweislichen Notwendigkeit der Wiederherstel- lung der Verfassung überzeugt. Darum wird der Sultan daran nicht rühren. Gefahren können nur durch allzu weit gehende Forderungen des Komitees oder durch Ausschreitungen anderer radikaler Parteien entstehen, die, wie die unverföhnlichen ar- menischen Komitees, anarchischen Ideen nachhängen und mit anarchischen Mitteln arbeiten.



Die Armee hat Großes erreicht; sie möge es sich daran genügen lassen und nunmehr, nach Herstellung der Verfassung, zu ihren Pflichten zurückkehren und loyal zu ihrem verfassungsmäßigen Herrscher halten, um Ordnung und Sicherheit im Lande zu schützen. Es kann nicht im Interesse der Armee liegen, die Regierung ohnmächtig zu erhalten. Wohin dies führt, zeigt die Entlassung von tausend gemeinen Verbrechern, die nur durch deren Drohung, sonst die amnestierten politischen Häftlinge zu ermorden, und später, nach deren Enthaltung, durch die Drohung, das Gefängnis in Brand zu stecken, erzwungen wurde. Hätte die Regierung Truppen zur Verfügung gehabt, so würden diese Einschüchterungsversuche erfolglos geblieben sein. Die Verantwortung für die Verbreitung einer Verbrecherbande über die Stadt können die Führer der heutigen Bewegung nicht ablehnen.

Das Anstimmeln an eine Revolutionspartei, sich Mäßigung aufzuerlegen, klingt lehrhaft und fast ungereimt, doch hat im konkreten Falle das Komitee nicht nur die innere Lage, sondern auch die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten zu berücksichtigen, denen ein gewisser verfassungsmäßiger Einfluß auf die Ordnung im Innern zusteht. Auch von diesem Standpunkt hat das Komitee alle Ursache, sich der Mäßigung zu befleißigen, da nur diese einigige Gewähr für die Konsolidierung und Besserung der Verhältnisse der Türkei bietet und den Mächten Vertrauen einzuschließen vermag.

Inwieweit das Komitee diesen Momenten Rechnung zu tragen für gut findet, wird die Zukunft lehren. Die Lage ist trotz äußerlicher Ruhe ernst. Die Regierung ist ohnmächtig oder scheint es zu sein. Die Gewalt liegt in der Hand des Komitees, dessen Selbstbewußtsein und Ansprüche sich mit jedem Tage steigern, dessen Gebaren immer sicherer und kühner wird, dessen eigentliche Absichten und Ziele aber in unheimliches Dunkel gehüllt bleiben. Jede Stunde kann folgenschwere Überraschungen bringen.

Die Reaktion in Persien.

Der Schah beabsichtigt, dem Lande eine neue „Verfassung“ zu geben! Die „Retisch“ veröffentlicht unlängst ein Interview ihres Korrespondenten in Teheran mit dem russischen Gesandten am persischen Hofe, Herrn Hartwig, nach dessen fast 5-stündiger Audienz beim Schah, über welches der „Herold“ folgendermaßen referiert:

In letzter Zeit, sagte Herr Hartwig unter anderem, hat die reaktionäre Partei bei Hof mehr und mehr Einfluß gewonnen. An der Spitze dieser Partei steht Emir Dsheng, ein Mann, dem alle Reformen tief verhaßt sind. Neben dieser reaktionären Partei besteht bei Hof auch noch eine Partei aus gemäßigten früheren Deputierten, welche mit den diktatorischen Bestrebungen Emir Dshengs unzufrieden sind. Allein diese Partei ist sehr schwach und besitzt keinerlei Einfluß. Ich habe eine Audienz beim Schah gehabt, um während derselben den Wunsch der russischen Regierung zum Ausdruck zu bringen, Frieden und Ordnung in Persien zu sehen.

Der Schah hat mir erklärt, daß er zahlreiche Telegramme aus der Provinz erhält mit der Forderung, mit der Konstitution ein für allemal ein Ende zu machen. Das Volk habe mit der Erfahrung über den ersten Medschilis genug und wünsche

kein Parlament, doch habe der Schah fest beschlossen, den Medschilis nicht fallen zu lassen, sondern ihn den Bedingungen gemäßen nach auf anderer Basis umzuarbeiten.

Diese Ansicht basiert auf wirklichen Tatsachen: Das persische Volk ist ungebildet, fanatisch und unkultiviert. Als es die Konstitution erhielt, hat es sie ganz eigenartig verstanden und aus dem Medschilis eine gerichtlich exekutive Institution gemacht.

Vor allem hatten sich die meisten Abgeordneten selbst gewählt. Sodann mischte sich der Medschilis in fast alle Angelegenheiten des Staates, angefangen von Entscheidungen und endend mit der Ernennung von Ministern und Gesandten. Mit anderen Worten: der Medschilis hatte keine legislative sondern eine exekutive Funktion übernommen. Was die Endschimmen betrifft, so waren sie dem Medschilis über den Kopf gewachsen. Sie bedrohten nicht nur das Reich, sondern auch das Volk und sogar den Medschilis selbst, der nach ihrer Pfeife tanzen mußte.

Eine derart falsche Auffassung der Vollmachten und Funktionen des ersten Medschilis erscheint einem zum Teil verständlich, wenn man den Umstand im Auge behält, daß man die europäisch gebildeten Personen im Medschilis nach den Fingern aufzählen konnte, während die übrigen völlig ungebildet in des Wortes wahrer Bedeutung waren.

Da das Wahlsystem oder vielmehr das Fehlen eines jeden Wahlsystems an dem Mißerfolg des ersten Medschilis schuld war, so ist die Regierung ernstlich bemüht, ein derartiges Wahlsystem zu schaffen, welches dem zweiten Medschilis Arbeitsfähigkeit sichern wird. Der Schah hat mich genau über alle in Rußland für die Ernennung der Mitglieder des Reichsrats geltenden Gesetze ausgefragt und sich die Bestimmungen über den Reichsrat und die Reichsduma geben lassen. Da es in Persien nur sehr wenig europäisch gebildete Menschen gibt, so soll die Zahl der Deputierten auf ein Minimum eingeschränkt werden. Da in Persien alle polizeilich administrativen Behörden fehlen und es auch keine geschriebenen Gesetze gibt, so dürfte jedes Wahlgesetz immer nur ein toter Buchstabe bleiben. Natürlich wird die Regierung bestrebt sein, die Idee der Wahlen annähernd zu verwirklichen, doch wird sie in der ersten Zeit, um einer Wiederholung wie mit dem ersten Medschilis vorzubeugen, die Abgeordneten in den Senat und in den Medschilis ernennen. Man kann mit großer Sicherheit annehmen, daß das, was wir unter Konstitution verstehen, sich noch nicht sobald in Persien verwirklichen wird, weil ein konstitutionelles Regime eine gewisse minimale politische Vorbereitung des Volkes, ein Bewußtsein der Wahlrechte erfordert, welches dem persischen Volke fehlt. Daraufhin läßt sich annehmen, daß der Schah seine Gewalt mit allen Prärogativen behalten und die Abgeordneten für das Ober- und Unterhaus in Zukunft ernennen wird. Beide Kammern werden nur einen beratenden Charakter tragen.

Auch hierin liegt für Persien schon ein großer Schritt vorwärts auf dem Wege zum Fortschritt. Als die Freiheitsbewegung anfing, predigten einzelne Giganten die Einführung einer Konstitution nach englischem Muster. Die fast zweijährige Existenz des Medschilis hat gezeigt, wie sehr sie sich geirrt hatten. Wenn es dem Schah nicht gelungen wäre im Kampf mit dem Medschilis zu siegen, so wäre durch die vom Medschilis geschaffene Anarchie ein Eingriff der Mächte in die persischen Angelegenheiten notwendig gewesen.

Viteratur und Kunst.

Reisebericht.

(2. Fortsetzung.)

Ein großer Unterschied macht sich bemerkbar, wenn man in dieser Jahreszeit von Süden nach Norden fährt. Von Gemüse und Obst, das wir schon in Galle zu Hause hatten, war hier noch nichts zu sehen, bis endlich an der Station Altischschewo Tomaten im Preise von 10 Kopy. das Stück angeboten wurden. Von hier ging die Reise wieder ins Sjaratowsche Gouv. und zwar passierten wir das Städtchen Sferdobsk. Auch hier war die Frucht, besonders die Winterfrucht sehr gut, doch sagte man, daß sie weiter gegen Sjaratow sehr schwach stehe. Der Boden ist hier sandig und man fährt durch endlose Nabel- und Birkenwälder bis über Penja hinaus. Man möchte diese Leute hier beinahe beneiden, daß sie so billig Weihnachtsbäume und Brennholz haben. Die Stadt Penja passierten wir in der Nacht. Nun ging es immer weiter durch dieselben endlosen Birken- und Tannemwälder, wie vorher, bis wir am folgenden Morgen wieder ins Sjaratowsche Gouv. kamen und an der Stadt Kusnezl vorbei fuhren. Hier in der Umgegend wurde fleißig Korn (Koggen) mit Sichelu geschnitten; der Hafer, von dem wir hier auch viel sahen, war noch ziemlich grün. Am 22. Juli kamen wir in der Stadt Sysranj im Simbirskischen Gouv. an. Dieses Städtchen wurde im Jahre 1906 durch eine Feuersbrunst fast gänzlich zerstört, ist aber seitdem wieder schön aufgebaut worden. In der vergangenen Nacht war es so kühl, daß alle Passagiere bedauerten, nicht warme Decken mitgenommen zu haben. Es war hier nämlich tags vorher starker Regen gefallen. Von Sysranj nach Samara ging's eine schöne Strecke durch gute Fruchtfelder, aber in der Nähe von Samara wurden sie immer spärlicher. An manchen Stellen war die Frucht nicht einmal aufgegangen und das Feld schwarz geblieben, so daß hier wieder eine Missernte zu erwarten ist. Abends um 6 Uhr kamen wir in Samara an und dort stand der Zug, welcher uns über Orenburg bis Taschkent bringen sollte, schon fertig. Die Strecke von Samara bis Orenburg durchfahren wir fast ganz während der darauf folgenden Nacht, die ziemlich kühl war. Die Ernteausichten waren auch hier, so weit man sehen konnte, schwach. Am 10. Uhr kamen wir in Orenburg an. Der sonst ziemlich wasserreiche Fluß Ural hatte so wenig Wasser, daß man ihn stellenweise durchwaten konnte. Gerne hätten wir uns diese Stadt näher angesehen, doch leider erlaubte es die Zeit nicht und wir hatten nur eben Zeit genug, ein Mittagmahl einzunehmen. Das große „T“ an den Waggonen zog uns dann, welchen Zug wir besteigen sollten, und ein jeder eilte, ein bequemes Plätzchen zu finden, galt es doch jetzt, ohne Umsteigen 60 Stunden bis zum Endziel zu fahren. Die ganze Strecke von Orenburg bis Altjubin'sk (248 Werst) und auch noch eine ziemliche Strecke hinter diesem letzteren Städtchen bildet eine ziemlich grasreiche Wiese und die Heuernte ist hier alle Jahre eine ziemlich reichliche, dagegen der Fruchtbau schwach. Die Regierung hat hier einige Ansiedlungsversuche gemacht, doch fühlt sich der russische Bauer hier nicht wohl und zieht bald wieder weiter oder zurück. Der Winter ist ziemlich kalt und stürmisch. — Von hier geht's fast fortwährend durch eine lange, mit kärglichem Gras und Gestrüpp bewachsene Sandwüste, dann und wann kleine Strecken mit rosenartigem Grün, auf welchem viel Kirgi-

senvieh weidet. Aber auch diese Wüste besitzt Reichtümer. Es wächst hier nämlich eine Strauchart, die „Saksaul“ heißt. Die Wurzeln dieses Strauches werden zu Brennmaterial verwendet. — Einen herrlichen Anblick bietet der Aralsee, in welchen die Flüsse Esyr- und Amudarja münden. Hier sahen wir die ersten Sarten, die einheimischen Bewohner von Turkestan in ihrer Nationalkleidung, einem langen Mantel (Chalat). Den Kopf tragen sie kahl rasiert. Dieser Chalat macht außer Hemd und Hosen die einzige Kleidung des Sarten aus und je nach der Jahreszeit trägt er ein, zwei, zuweilen auch drei dieser Kleidungsstücke. Gewöhnlich ist er mit Watte gefüttert und bei der ärmeren Klasse mit einem grellen Katunstoff überzogen; bei den reicheren ist er dagegen von buntem Seidenstoff. Ganz unglaublich wird es dem Leser klingen, daß dieser Muselman in einem solchen Anzuge, um den Leib eine lange Binde, an den Füßen leichte Stiefel (Kitschiki genannt), mit darüber gezogenen Ledergaloshen, seine Feldarbeit bei einer Hitze von 40—45 Grad verrichtet. Nur am Abend, wenn sich der Europäer wärmer kleidet, zieht er seinen Chalat aus und läßt den Körper ausdünsten. — Wir waren bei der am Amu-Darja gelegenen Stadt Perowsk, wo der Zug drei volle Stunden stand. Da dieser Strom 4 Stationen weiter, wie auch hier, aus den Ufern getreten war und auf einer Strecke von 26 Werst zwischen den Stationen Tschilly und Tjumenj-Arik die Bahn zerstört hatte, so fuhren wir die ganze Strecke wie in einem Meere, aus welchem sich ein üppiger Rohrwald erhob. Es war noch ein Glück, daß wir an die besagte Stelle, d. h. hierher kamen, als der größte Teil schon wieder ausgebeffert war. Wären wir einige Wochen früher gekommen, so hätten wir die ganze Strecke zu Fuß gehen müssen, wie es andere vor uns getan haben sollen. Hier einige Worte über diese Stadt. Wie schon erwähnt, liegt dieselbe am Flusse Amu-Darja. Das Wasser wird in Kanälen aus dem Flusse geleitet und durch sie die ganze Umgegend bewässert. Dadurch ist dieser Ort zu einer anmutigen Oase erblickt und die künstlich gezogenen Bäume sowie die schönen grünen Kleefelder machen nach langer Wüstenwanderung auf den Reisenden einen wohlthuenden Eindruck. Auch das schöne, gelbe, schloßartige Stationsgebäude trägt viel dazu bei. Hier wird das schon früher erwähnte wachholderartige Strauchholz immer üppiger, und man sieht an den Stationen große Haufen Wurzeln desselben aufgespeichert. Abzuzugens ist die Strecke immerhin nicht anders als öde zu bezeichnen. Hin und wieder sieht man einige Kamele, Esel oder Kühe in der Nähe eines Kirgisenjurtes (Zeltes) weiden. Die Zelte sind ein Zeichen, daß hier etwas Vegetation und die Möglichkeit, irgend wie zu leben, vorhanden ist. Tatsache aber ist, daß diese große, öde Wüste in blühende Auen verwandelt werden könnte, wenn man dieselbe mit Wasser durch künstliche Kanäle aus dem Flusse Amu-Darja bewässern würde, wie dieses im Esyr-Darja Gebiet mit Schneewasser getan wird. — Bei der Station Tschilly angekommen, stand unser Zug von 1/2 10 Uhr morgens bis 1/2 2 nachmittags, um die Vorbereitungen zu der gefährlichen Stelle zu treffen. Volle 20 Werst wurde ganz sachte gefahren, indem die Lokomotive rücklings ging, so daß einige Passanten sich das Vergnügen machten und zu Fuß ihren Weg fortsetzten. Unsere Freude, bis Taschkent in demselben Zuge fahren zu können, war also vereitelt, und wir mußten, als endlich unser Zug bis an die überschwemmte Stelle gekommen war, alle die noch nicht ausgebefferte, beschä-



digte Stelle von 1 1/2 Werst auf „Schuhmachers Klappen“ zurücklegen. Volla drei Stunden dauerte der Übergang. Immer üppiger wird die Vegetation, immer größer werden die Kleefelder und Gärten, bis der Zug endlich in den Bahnhof von Taschkent, der Hauptstadt von Turkestan, einläuft J. Sch.

(Fortsetzung folgt)

Aus aller Welt.

Die Unterdrückung des Brandes in Drohobycz. (Vgl. Nr. 6 u. 8 der „K. P.“). Der „N. Fr. Pr.“ wird aus Drohobycz unter dem 12. Aug./30. Juli gemeldet: Der Brand des Oil City-Schachtes kann als gelöscht betrachtet werden. Die Schachtausmündung ist ganz gedeckt, so daß das zu Tage tretende Kohöl nicht mehr Feuer fangen kann. Man sieht zwar noch immer eine kleine rauchlose Flamme, die von den seitwärts ausströmenden Gasen Nahrung erhält, aber die Dämpfung auch dieses Feuers dürfte binnen kurzem erfolgen, da der Zutritt und mithin auch die Zuführung von Erdreich ganz mühelos und gefahrlos vor sich geht. Das mit den Flammen nicht mehr in Berührung kommende Kohöl ist wieder ganz verwendbar und wird demzufolge auch von Magazinierungs-gesellschaften gepipt. Die gegenwärtig durch die Abflußrohre abgeleitete Tagesproduktion beträgt 60 Züternen. Es bleibt noch abzuwarten, auf wieviel sie sich nach Beseitigung aller Hindernisse stellen wird.

Ein Expresszug im brennenden Walde. Auf der Bahnstrecke zwischen Lissabon und Oporto war jüngst infolge der großen Hitze und Dürre unweit Algeira ein Waldbrand ausgebrochen. Das Feuer breitete sich durch den ungeheuren Forst, der dort die Gegend bedeckt, mit großer Schnelligkeit aus. Als der Brand seinen Höhepunkt erreicht hatte, fuhr der Expresszug von Lissabon, der im schärfsten Tempo um eine Talbiegung kam, mitten in den in Flammen stehenden Wald hinein. Der Maschinist fuhr, da es nutzlos gewesen wäre, den Zug zum Stehen zu bringen, mit rasender Geschwindigkeit durch die brennende Strecke, die sich auf mehrere Kilometer erstreckte. Von den Passagieren, derer sich ungeheure Aufregung bemächtigte und deren wahnwitziges Hilfgeschrei von einem Wagen zum anderen drang, ist nicht ein einziger unverletzt geblieben. Viele von ihnen haben die furchtbarsten Brandwunden erlitten. Die Wagen des Zuges waren von der Glut völlig versengt und einzelne hatten bereits zu brennen angefangen, als der Zug die furchtbare Strecke hinter sich hatte. Die verletzten Reisenden haben im Hospital zu Oporto Aufnahme gefunden.

Stimmen aus dem Publikum.

In den letzten Nummern der „Kaut. Post“ sind wieder einige Stimmen aus dem Publikum laut geworden, die sich gegen das vom Kirchenrat vorgeschlagene und von der Gemeinde bereits genehmigte Bauprojekt richten. Im allgemeinen ist aus ihnen zu ersehen, wie wenig es diesen Gegnern darauf ankam, sich vor Behandlung dieser Frage erst mit der Sachlage vertraut zu machen, und wie wenig ernst sie diese beurteilen. Man gewinnt den Eindruck, als wollten die Einsender überhaupt nur gegen das Projekt schreiben, gleichviel ob triftige Gründe vorlagen oder nicht.

W. B. in Nr. 2 z. B. will die deutsche Gemeinde vor

dem Gespött der Andersgläubigen und dann auch vor dem Mitleid unserer Glaubensgenossen in den Kolonien behauptet. Die Andersgläubigen, ja selbst unsere Glaubensgenossen, die überall auf der Welt, wo sie die Not dazu zwingt, zu demselben Mittel greifen würden, wir wir, sollten uns verspotten und bemitleiden wollen! Nein, W. B., lieber nicht! Die annahmefähigsten aber von ihnen könnten wir zu jeder Zeit zurechtweisen, indem wir sie zuerst vor der eigenen Tür lehren ließen. Nur was unsere kaufmännischen Kolonisten anbelangt, so werden wir uns allerdings des Mitleids einiger von ihnen, besonders der intelligenteren, nicht entziehen können, doch sicher nicht wegen des Bauprojekts, wohl aber wegen unserer Gemeindefühle! Man wird vielleicht geneigt sein, mir hierauf zu erwidern, die Not sei noch nicht so groß, als daß wir zur Ausführung eines himmelschreienden Planes schreiten müßten, denn, es könnten, wie ja auch W. B. sagt, die Mittel, deren die Schule bedarf, auf andere Weise oder auch durch andere Bauprojekte „reichlich“ zusammengebracht werden. Auf welche Weise aber dieses geschehen sollte, gibt W. B. leider nicht an und läßt den Leser darüber also im Unklaren. — Weiterhin wirft W. B. dem jetzigen Kirchenrat Hartnäckigkeit vor, da er keine Konzessionen dem „alten Kirchenrat“ machen wolle. W. B. wollte anscheinend nur die Leser darüber aufklären, daß sich innerhalb unserer Gemeinde zwei kleine Gruppen gebildet haben, der jetzige und der frühere Kirchenrat, die sich gegenseitig bekämpfen. Das ist aber für alle, die an den letzten Gemeindeversammlungen teilgenommen haben, nichts Neues mehr; diese Überzeugung haben eben damals schon so ziemlich alle gewonnen, die da waren. Weshalb aber Konzessionen seitens des „neuen“ gegenüber dem „alten“ Kirchenrat gemacht werden sollten und nicht umgekehrt, läßt W. B. unangeführt. Am besten tut man am Ende aber, von „Konzessionen“ ganz abzuweichen und sich auf den Beschluß der Gemeinde zu beschränken. — Wenn die Eingabe der 64 Frauen, die so lebhaft, energisch und in ganz ungewöhnlicher Weise für die „liebe Kirche“ eintraten, ohne Erfolg geblieben ist, so kann das nur dadurch erklärt werden, daß die Gemeinde der Ansicht ist, daß wir außer der „lieben Kirche“ auch eine „liebe Schule“ für die „lieben Kinder“ haben müssen. — Hinsichtlich der angeblich bedauernswerten Aussicht für die Zukunft, der sich W. B. so gern verwehren möchte, daß nämlich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden könnte, kann W. B. sich damit beruhigen, daß so lange der jetzige Kirchenrat das Vertrauen der Gemeinde nicht durch gesegwidrige Handlungen erschüttert hat, diese, rein menschlich gedacht, mit Vorzicht bis auf weiteres das Kind im Bade behalten wird. — Betreffs aber der Austreibung der Händler aus dem Vorhofe des Tempels, ein Vergleich übrigens, der auf unsern Fall wenig paßt, wäre es dennoch vielleicht am Plage gewesen, wenn W. B. uns die nach der Schilderung der Austreibung der Händler im Ev. Johannis folgenden Worte Jesu ausgelegt hätte. W. B. hätte vielleicht bei dieser Gelegenheit die Begriffe Religion, Pietät und Tradition eingehender behandelt, die äußersten Spigen unseres kleinlichen kirchlichen Habers damit zugleich abgebrochen und uns dem Frieden näher gebracht.

Wie dem aber auch sei, W. B. wollte wenigstens unsere Gefühle schonen, ein Standpunkt, der dem Gegner gegenüber auch der einzige und beste ist, dagegen will E. St. in Nr. 3 rechnen und verlangt genaue Anschauung. Weshalb taugt z. B. das Projekt des Kirchenrates nichts? Weil die Baukosten ver-

hältnismäßig sehr groß" sein werden. Und weshalb das? Weil der Bau 3 massive Frontmauern und 5 dünne Seitenmauern verlangt und von diesen 5 bestochen werden müssen!... Aber wollen wir uns doch mit unserem Streit vor den Kolonisten nicht lächerlich machen, denn wenn diese bis jetzt noch nicht gelacht haben, so werden sie das bei derartiger Kritik sicherlich tun. Es ist nämlich einfach lächerlich, von dicken und dünnen Mauern zu sprechen, wo es sich, wenn man nur rechnen will, einzig darum handelt, wie groß die Baukosten und wie groß die Einnahmen sein werden. Gerade aber in dieser Hinsicht verspricht das „mißfallende“ Projekt bei einem Einschlage von 7 500 Abl. und einer voraussichtlichen jährlichen Einnahme von ungefähr 3 600 Abl. das günstigste Verhältnis. Genau lassen sich die Baukosten bestimmen, die Einnahmen selbstredend weniger genau, ebensowenig wie G. St. nicht bestimmen könnte, wieviel die lange Reihe von Kaufsläden oder das auf Schulden mit 7—8% Zinszahlung gebaute dreistöckige Haus der Gemeinde einbringen würde. Weshalb aber die Mauern durchaus bestochen werden sollen, ist, da doch die Kirche im Rohbau ausgeführt ist, ganz und gar unbegreiflich. Angenommen aber, dies sollte geschehen, so würde das ungefähr 500 Abl. kosten. Sollte dies vielleicht die Baukosten „unverhältnismäßig groß“ machen? Wieviel würde aber das Bestehen „der langen Reihe“ oder des dreistöckigen Hauses kosten?

Sehr amüsant ist es, zu lesen, wie G. St. gegen die Bebauung der Kirchenstraße bis zum Pastorat auftritt. Leider, und vielleicht zum Verdruss des Gegners, muß hier gesagt werden, daß der Kirchenrat auf derartige superkluge Ideen noch gar nicht einmal verfallen ist und daß weder in seinen Sitzungen noch in den Gemeindeversammlungen auch nur ein Wort in diesem Sinne vorgebracht worden ist. G. St. möge sich erst erkundigen, aus welchem Lager diese Ente neuester Formation auf Kosten des Kirchenrats losgelassen worden ist, und sich sodann seiner Leichtgläubigkeit schämen. — Zum Schluß noch aber die 6 Stimmen Mehrheit, mit welcher das verhaßte Bauprojekt durchgegangen ist. Darauf kann nur erwidert werden, daß mit einer solchen Stimmenmehrheit viel wichtigere Beschlüsse in den Parlamenten großer Staaten von allen für alle als maßgebend angenommen werden und daß insbesondere auch in unserer Gemeinde noch viel wichtigere Angelegenheiten, als es die Bebauung der Gasse des Kirchenplatzes ist, mit nur einer Stimme Mehrheit durchgegangen sind. Jedoch erscheint dieser Umstand G. St. nicht wichtig, denn er erwähnt desselben nur so nebenbei mit einem „allerdings“, ähnlich wie es M. B. in seinem Eingekandt tut; man will nur die Aufmerksamkeit der Leser auf diesen Umstand lenken. — G. St. verlangt aber immerhin eine genaue Berechnung, kalkuliert auch selbst, und macht Vorschläge: wenn das eine nicht vorteilhaft wäre, dann das andere und wenn nicht das andere, dann solle man Geld zu 7—8% Zinsen aufnehmen und ein Haus bauen, bleibt aber bei diesen Vorschlägen sogar eine ungefähre Berechnung schuldig. Vorschläge zu machen in einer allgemein wichtigen Angelegenheit, ist aber immerhin das gute Recht, vielleicht sogar Pflicht eines jeden und dürfen wir es daher auch G. St. nicht verargen, daß er Vorschläge macht.

Einen ganz anderen Ton schlägt jedoch ein „Gemeindeglied“ in Nr. 4 an. Die in Nr. 3 der „Kauf. Post“ von A. M. eingekandte, in allen Beziehungen ernst und sachlich gehaltene Berichtigung über die Gemeindeversammlung vom 10. Juli muß

abgetrumpft werden, denn sie könnte vielleicht Eindruck gemacht haben. Das „Gemeindeglied“ ist augenscheinlich ein Freund der Ruhe und des Friedens in der Diaspora, deshalb erachtet es alles, was unsere Ruhe und unseren Frieden auch nur einigermaßen stören könnte, als giftiges Gewächs und als Unfehlbarkeitsbewußtsein. Es will in seiner doppelt so kurzen Abkantung dem Leser den dunkeln Begriff beibringen, daß, wenn die Vertretung einer Gemeinschaft einen ihrer Meinung nach günstigen Beschluß erwirkt, dies Unfehlbarkeitsbewußtsein und Hartnäckigkeit bedente; besser und klarer ausgedrückt, es will den Gemeindegliedern die echt hausbackene Weisheit beibringen, daß nur der Beschluß keine Zwietracht hervorbringt, der auf keine Meinungsverschiedenheit stößt. Eine eigene Meinung hat dabei der Opponent nicht, denn er beruft sich nur auf das „allgemeine Mißfallen“ und auf die Meinung vieler Nichtdeutschen und, weil er selbst keine Meinung hat, so darf der Kirchenrat, gegen den er sich ereifert, selbstverständlich auch keine haben. Glücklicherweise ist der wichtige Sieb, der dem Kirchenrat in Meinungsfragen verfeßt werden sollte, ins Leere getan worden, denn A. M. ist nicht der Urheber des mißfallenden Bauprojektes, sondern ein anderes Mitglied des Kirchenrates. Wie aus dem Artikel zu ersehen ist, hat sich der Eiferer unseres Friedens und unserer Ruhe nie um unsere Gemeindefachen gekümmert und nur in seiner Unfehlbarkeit hat er sich gelegentlich geflattet, ein Wörtchen mitzusprechen; denn hätte er sich je zuvor herabgelassen, auch mitzumachen, dann müßte er gleichfalls wissen, daß der von A. M. erwähnte „Kulturkampf“ bereits vor drei Jahren begonnen hat, als ungefähr 40 „Mörgler“ sich annahmten, beim damaligen Kirchenrat mit einer Eingabe betreffs einer jetzt von „allen“ Gemeindegliedern eingesehenen Notwendigkeit einer gründlichen Aufbesserung unserer Gemeindegemeinschaft. Auch müßte das „Gemeindeglied“, wenn es sich in den Spalten der „Kauf. Post“ darüber Aufklärung verschaffen wollte, wissen, daß in Veranlassung jener Eingabe in unserer Gemeinde zwei Parteien entstanden sind, von denen die eine stets die Vorzüglichkeit der bestehenden Schule betonte, die andere aber eine unumgängliche Reformierung derselben forderte. Das „Gemeindeglied“ läßt den Leser im Unklaren, ob es den 40 „Mörglern“ mitgeholfen hat, bei „allen“ die Überzeugung von der Notwendigkeit der Aufbesserung unserer Schulverhältnisse wach zu rufen oder nicht, jedenfalls hat er vom Standpunkte reiner Gesinnung nicht das Recht, den Gewährsmännern der Aufbesserer, den sog. „Mörglern“, Meinungsuntüchtigkeit vorzuwerfen. Eine derartige maßlose und unbegründete Schmähung kann nur den einen Zweck haben, nämlich—den jetzigen Kirchenrat in den Augen der Gemeinde zu diskreditieren. Man merkt die Absicht und man wird verstimmt.

Der Kampf aber um die Gewinnung der „Überzeugung aller von der Notwendigkeit der Aufbesserung unserer Schule“ ist gewiß auch ein Stück „Kulturkampf“, von dem jedoch das „Gemeindeglied“ nichts verstehen will, oder... nichts verstehen kann. Ist außerdem in diesem Kampfe unsere Gemeinde einmal zu der Überzeugung gelangt, daß wir durch die Ausführung des so viel bestrittenen Bauprojektes weder unserem wahren religiösen Sinn, noch unserem, in weitem Sinne aufgefaßten, nicht nur nach außen sondern auch, nach innen, besonders auf die Wohlfahrt unserer heranwachsenden Jugend gerichteten ästhetischen Gefühl Schaden tut, dann ist damit zugleich ein weiterer Schritt zur Förderung der geistigen Kultur getan.

Es waren der Gemeinde verschiedene Bauprojekte vorge schlagen worden und jedes hatte seine Anhänger und seine Gegner. Die Gemeinde, die mit einem von Jahr zu Jahr immer mehr anwachsenden Defizit zu rechnen hat und nur über eine äußerst bescheidene Barschaft verfügt, dennoch aber überzeugt ist, wie jetzt allgemein behauptet wird, daß der Schule aufgeholfen werden muß und daß auch die Mittel dazu beschafft werden müssen, hat sich für das Projekt entschlossen, welches bei geringsten Ausgaben die größten und sichersten Einnahmen verspricht und das bleibt immer das vom Kirchenrat vorgeschlagene und von der Gemeinde genehmigte Projekt.

Was die Beschaffung von Mitteln durch Spenden bzw. Zeichnungen anbelangt, so soll hiermit noch einmal darauf hingewiesen werden, daß nach Meinung des Kirchenrates die Existenz einer Schule von solchen nicht abhängen darf und in unserer verhältnismäßig kleinen und im Durchschnitt wenig wohlhabenden Gemeinde auch nicht abhängen kann. Von Spenden sprechen, wo es sich nur um Schaffung einer sicheren Einnahmequelle handeln kann, heißt, die weniger Eingeweihten wissentlich irren führen, sie einschläfern wollen. Wo waren denn unsere Spender, als wir Klassen hatten, in die der Lehrer als Hundertster eintrat? Wo waren die Spender, als wir fremdsprachige Schüler aufnehmen mußten, die die Klassen überfüllten, die aber zahlen mußten, nur damit die Schule bestehen konnte? Wo waren die Spender, als vor zwei Jahren eine der besten Lehrkräfte, ein gesegneter Familienvater, um eine Jahreszulage von 200 R. bat und diese ihm nicht gewährt werden konnte und er seine Schritte daher anderswohin lenken mußte, um sein kümmerliches Los aufzubessern? Wo waren denn schließlich unsere Spender, als vor ca. 10 Jahren der Kirchenrat der Stadtgemeinde nebst Baulichkeiten wegen 8000 Rbl. Schulden, die auf unserer alten Kirche lasteten, verkauft werden mußte, als von Spendern nicht einmal die Rede war und wo doch schon ein zeitweiliges Darlehen genügt hätte?—Spenden können selbstredend auch in dem vorliegenden Falle Verwendung finden, aber nur zur Erreichung eines neuen Schulgebäudes oder eines Anbaues zur alten Schule oder zur Beschaffung von Lehrmitteln. In diesem Sinne hat denn auch der Kirchenrat der Gemeinde in der letzten Versammlung einen Vorschlag gemacht. War das „Gemeindemitglied“ in dieser Versammlung, dann müßte es doch auch wissen, daß der Kirchenrat mit der Ausarbeitung eines Statuts beauftragt worden ist, das im September der Gemeinde zur Begutachtung und dann der zuständigen Behörde zur Beschäftigung vorgelegt werden wird. Der Vorwurf zu faunieligen Handelns in dieser Richtung seitens des Kirchenrats ist demnach vollständig unberechtigt.

Ein Gemeindemitglied.

Kirchliche Nachrichten: Zislis.

Aufgeboten: zum 3. Mal: Der Kaufmann Senegerin Schagreatsh, armen.-gregor., mit Lydia Emilie Putne. Zum 2. Mal: Der Hofrat Petrus Sacharjan, arm.-gregor., mit Hilba Elisabeth Seling aus Pernau. Zum 2. u. 3. Mal: Der Gutsbesitzer Karl von Brandt mit der Wittf. Staatsrats-tochter Marie Alexandra Hahn. Zum 2. Mal: Der Ingenieur Ludwig Hüfemann mit der Staatsrats-tochter Anna Antropoff, orthod.

Geheirathet: Das Kind Gottlieb Friedrich Schulz, 10 Stund. alt.

Ausgabe.

— **Ein Schlanberger.** Ein Arbeiter wird von seiner Frau ermahnt: „Sag Du ja nach dem 2. Glas Bier nach Hause kommst. In der Kneipe sagt er zur Kellnerin: „Kressenz, bring's mir zuerst das 8. Seidel, dann 's sibbente und dann 's sechste usw., denn nach dem 2. gebe ich nach Haus, ich hab's meiner Frau versprochen.“

— **Enfant terrible.** Der kleine Franz hat zu seinem Geburtstage Helm und Degen geschenkt bekommen. Als die Tante zu Besuch kommt, marschirt er in seinem kriegerischen Schmuck vor ihr auf und ab. Auf ihre Frage, weshalb er das tue, antwortete er: „Ach bewache Dich“. „Warum denn, mein Kind?“ „Mama sagt, Du könntest uns gestohlen werden.“

— **„Mutter, esse die Engel im Himmel auch Schweinerippchen?“** Mit diesen Worten lief — so erzählt die Rätzer Ztg. — auf dem Felde bei Leimersheim ein Kind zu seiner Mutter hin, die gerade mit Weizen schneiden beschäftigt war. Die Bäuerin blickte verwundert erst auf der Leberreste des Schweinerippchens, den das Kind in Händen hielt, dann ungläubig in die Höhe — und da sah sie voll heiligen Schreckens ein Ungeheuer in schnellster Fahrt die Luft durchschneiden. Es war Zeppelins Luftschiff. Einer der Insassen war der Engel gewesen, der das Rippchen geessen hatte.

— **Ein Rätseltchen.** Ein Norddeutscher und ein Sachse treffen sich auf einer Reise zusammen. Während der Norddeutsche sehr verschlossen ist, redet der gemüthliche Sachse ununterbrochen auf ihn ein, und da der Norddeutsche kaum antwortet, spricht er zuletzt zu ihm: „Nu, mei guttes Härdchen, wissen Se nicht e scheenes Rätseltchen?“ — Der Norddeutsche läßt sich endlich herbei, folgendes Rätsel aufzugeben: „Das erste läuft, das zweite läuft, das erste aus dem zweiten kauft.“ — Der Sachse rät nach einigen Minuten richtig: „Hofbath“ und gibt nun seinerseits ein scheenes Rätseltchen auf: „Das erste leest, das zweite leest und's dritte leest nich.“ — Der Mitreisende vernag das Rätsel nicht zu lösen, so daß der Sachse ihm die Lösung selber gibt. „Ei, mei guttes Härdchen, das sind Ihnen meine Kinderchen; das erste leest, das zweite leest, aber das dritte leest Sie noch nich.“

Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber:
Arthur Zeist.

Selbständige Existenz

durch leichte und einfache Fabrikation eines einträglichem und in jedem Haushalte notwendigen Gegenstandes bei kleinsten Ausgaben. Besondere Kenntnisse und großer Raum nicht erforderlich. Die Fabrikation giebt 1000—5000 Rubel jährlicher Einnahme. Illustrierte Prospekte und Bedingungen gratis.

Adresse: И. Я. МАРКЪ, г. Либава, Курл. губ.

117127

3-2

— Baltische Frauen-Zeitchrift —

Bereinsorgan der deutschen Frauenverbände im Baltikum und im weiten Rußland.

Abonnementspreis: für 12 Monatshefte: 5 Rubel jährlich, mit Zusendung.

Bestellungen und Geldtransfers sind zu adressieren:

Verlag und Redaktion—Elisbet Schütz

Riga (Rußland)—Albertstr. 5.

1-1

Kupferschmiede

Alfred Jeschor

TIFLIS, Michael-Pr, № 52, neben dem Krankenhause,

empfiehlt sich zur Anfertigung von:

Rektifikations - und Cognac Apparaten, Weinfiltern, Weinpasteurisir-Apparaten, Tresterbrennkesseln, Badeeinrichtungen und Käsekeseln u. s. w.

Lieferung prompt und billig.

5-1

D. S. SARADSCHEW, Tiflis.

КАВКАЗСКИЙ НАТУРАЛЬН. КОРЬЯКЪ



Д. З. САРАДЖЕВА
ТИФЛИСЪ.

ПРОДАЖА БЕЗДЪЛЪ

Kaukasischer COGNAC
naturrein, übertrifft viele Sorten französischer Herkunft.

0-8

S. Zchwetadse

Augenarzt, früher Assistent an der Dorpater Universitätsklinik.
Sprechstunden: Vorm. von 11-1 Uhr, Abends von 4-6 Uhr. Wera, Dgaltraße Nr. 31, Haus Saradschew. 0-23

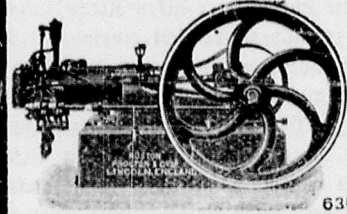


100-150 RBL.

monatlicher Verdienst
(auch als Nebenverdienst)

bietet sich strebsamen Personen aller Stände auf solide Weise ohne Nachtheil und Risiko. Alles Erforderliche franko. Namen und Adresse in lateinischer Schrift erbeten. Off. unt. „H. H. H.“ an das Handelshaus R. & G. Mehl & Co, Rosstau, Rjätsniktaja. 6-2

STUCKEN & K^o



Baku

Grosses Lager von

Petroleum-Motoren „RUSTON“,
Dampfmaschinen, Dampfkesseln,
Dreschmaschinen, Locomobilen,
Strassen-Locomotiven & Dampfpflügen,
Bewässerungspumpen,
Baumwoll-Reinigungs-Maschinen,
Oel-, Heu- & Baumwollpressen,
Mühlen, Sägemühlen,
Reis-Reinigungs-Maschinen
„ENGELBERG“.

52-30



KASPISCH-ROMANISCHE

Naphtagesellschaft

SOCIÉTÉ DE NAPHTÉ

KASPIENNER-ROMANY

VERWALTUNG

St.-Petersburg, Nevski, Pr. 100.

Telegrammadresse:

„PETFRSBURG-ROMANEFT“.

Laufende Rechnung in der Reichsbank p. № 34437.

№ 1660.

16 Juni 1908.

Fernsprecher: { Verwaltung № 34-84.
Kabinet des Direktors № 81-29.

BESTAND

DER

KASPISCH-ROMANISCHEN

Naphtagesellschaft

per 15 Juni 1908.

P. P.

Die Kaspisch-Romanische Naphtagesellschaft wurde im Ausgang des Jahres 1907 gegründet.

Das erste Operationsjahr wird vom 1 Januar 1908 bis 1 Januar 1909 gerechnet.

Die Gesellschaft wurde ausschliesslich mit russischem Kapital gegründet und besass zum 1 Februar 1908 ein Ländereal 135 Dessjatinen 1815 Quadratfaden; gegenwärtig wurden von der Gesellschaft noch folgende Länder eigentümlich erworben: 50 Dessjatinen im Dara-Agü, im Rayon des Jassamaltales und 8¹/₂ Dessjatinen im selben Rayon, am Fusse des Vulkans Aladjan. Laut Ergebnissen der Forschungen des Montaningieurs Golubjatnikow sind die Petroleumlager des Jassamaltals die natürliche Fortsetzung der Petroleumlager des berühmten Gebietes Bibi-Aibat.

Bei der Aufzählung der der Kaspisch-Romanischen Naphtagesellschaft gehörigen Länder sehen wir, dass sie solche in folgenden Rayons besitzt:

1) Auf der Apscheronschen Halbinsel *) (im Bakinschem Gouvernement und Kreise):	
a) in Romani, Ssurachany, im Thale Karaczchur, Ker-Gös, Damla-Madja und Schongar	53 Des. 1915 Q. F.
b) Gas- und naphtahaltige Parzellen in den Ansiedlungen Sych und Goussan	15 „ 1700 „ „
c) Gashaltige Parzelle im Jassamalthal am Fusse des Vulkans Aladjan.	18 „ 1800 „ „
d) Petroleumhaltige Parzelle in Dara-Agü (im Rayon des Jassamaltales).	50 „ — „ „

Die Gesellschaft besitzt also auf der Apscheronschen Halbinsel gas- und petroleumhaltige Länder 138 Des. 615 Q. F.

Weiter besitzt die Gesellschaft noch folgende Länder:

2) Im bekannten Maikopschem Gebiete **):	
a) in der Stanitza Schirwanskaja	37 Des. 1200 Q. F.
b) in der Stanitza Neftjanaja	18 „ 1800 „ „

Also im Maikopschem Gebiete. 56 Des. 600 Q. F.

Im Ganzen verfügt also die Gesellschaft zur Exploitation über ein Areal von 194 „ 1215 „ „ welche 194¹/₂ Des. petroleumhaltigen Landes, in der Rentabilität von Petroleumwerthen kapitalisirt, den Millionenfonds der grösseren Petroleum-firmen gleichkommen.

Hier erlaubt sich die Verwaltung ihre besondere Aufmerksamkeit auf die ausschliesslich günstige und zufällige Erwerbung der Länder in Ssurachany, im Thale Karaczchur, im Jassamalthale und Romany zu lenken, desto mehr dass solche im günstigsten Moment geschah, da die Preise für Rohpetroleum schon mehrere Jahre auf der Höhe von ca. 25 Kop. pro Pud stehen.

In diesen 4 Rayons haben die ältesten grössten Bakinschen Petroleumfirmen die uns benachbarten Länder vollständig erworben, theilweise in Pachtform von der Regierung, theilweise von den Eigenthümern, (nur nicht von den Bauern, welche laut unseren Gesetzen ihr Land zur Exploitation der im Boden liegenden Mineralien nicht abgeben können) bei einem Pachtschilling von 35-40 und sogar 55¹/₂ der Ausbeute zu gunsten der Regierung oder der Landeigenthümer; im Gegensatz dazu besitzt die Kaspisch-Romanische Naphtagesellschaft mehr als ¹/₁₀ ihrer Länder als Eigenthum, und zahlt dafür also keine Pacht, und weniger als ¹/₁₀ pachtweise im Verlaufe von 24 Jahren bei einem Pachtschilling von 22¹/₂ der Ausbeute.

Gleicherweise lenken wir Ihre Aufmerksamkeit darauf, dass die Rayons: Ssurachany, das Thal Karaczchur, Romany und das Jassamalthal zu den unerschöpften und reichsten an Petroleum und Gas Rayons der Apscheronschen Halbinsel gerechnet werden; unsere Parzellen in diesen Rayons sind deswegen von besonders kolossalem Werthe, weil die genannten Rayons durch ihre grandiosen Fontänen bekannt sind, welche manchmal Millionen Pud Petroleum aus einem Bohrloche geben und ihrem Besitzer kolossale Reichthümer sichern.

Die Lage in unseren Werken ist folgende:

In erster Linie ist die Exploitation der Parzellen № 9 in Ssurachany und № 61 im Thal Karaczchur ins Auge genommen. Die Werke in obengenannten Parzellen sind vollständig organisirt und die Bohrarbeiten in vollem Gange. Die Einrichtung entspricht allen Anforderungen der modernsten Technik und speciell der Bohrtechnik. Die Bohrarbeiten werden von geübten Technikern geleitet und die Oberaufsicht aller Arbeiten der Gesellschaft liegt in den Händen des Ingenieurs Ssemenow, welcher ca 20 Jahre in der Petroleumbranche arbeitete und die Oberaufsicht über die Bohrarbeiten der bedeutend-

*) Die ganze Apscheronsche Halbinsel ist schon vor sechzehn Jahren vom Ministerium der Staatsdomänen als petroleumhaltig erklärt worden; ausserdem ausserte sich Professor Mendeljeew über den Reichtum Russlands an Petroleum, dass solches mit seinem Petroleum den ganzen Erdball überfluten kann.

Die Petroleumindustrie der Apscheronschen Halbinsel hat schon bewiesen, dass sein Reichtum wirklich sehr gross ist und als handgreiflichster Beweis dienen die 10 Milliarden Pud Petroleum, welche auf der Apscheronschen Halbinsel erbeutet worden sind.

**) Die Zukunft des Maikopschen Rayons ist von grossem Interesse, da ein Probebohrloch in der Nachbarschaft unserer Parzellen in der Stanitza Schirwanskaja eine Fontäne in der Tiefe von 30 Sassen ergab: Siehe „Nowoj-Wremja“ № 11355 vom 22 Oktober 1907, № 11475 vom 21 Februar 1908 und die Brochure des Montaningieurs W. Winda — „Die Maikopschen Petroleumlager“.

Ausserdem siehe „Neftjanoje Djelo“ herausgegeben vom Kongress der Naphtaindustriellen in Baku, № 24 vom 30 December 1907: In der Stanitza Schirwanskaja des Maikopschen Gebietes springt eine Petroleumfontäne aus der Tiefe von 28 Sassen.

LISTE DER THEILNEHMER

DER

Kaspisch-Romanischen Naphtagesellschaft

per 1 Juni 1908.



Korowko Véra Ingenieurfrau.
Meier Maria.
Gonczarow Theodor Ingenieur.
Kasackzowski Konstantin Montaningenieur.
Nasimow Iwan Kammerherr des Allerhöchsten Hofes.
Korowko Alexander.
Piterski Boris.
Piterski Alexandra.
Kunkel Stanislaus Ingenieur-Technolog.
Spirow Alexander.
Kunkel Lydia
Kljuczarow Alexander.
Luceuko Jakob Oberst.
Duncowa Xenia.
Luceuko Eugen Kosakenessaul.
Szparkowski Alexander.
Bjeljaewa Ljubow.
Slonimski A. Kaufmann.
Wereszczagin Alexander Generalmajor.
Nesnjelow Wladimir Arzt.
Nesnjelowa Claudia.
Babiez Iwan Kosakenessaul.
Babiez Anna.
Patkanow Georg.
Patkanowa Elisabeth.
Patkanow Peter.
Mackewicz Olga.
Skakun Sergius Oberst des Convoi Seiner Majestät.
Skakun Ludmilla.
Stoltzenburg Alexander.
Stoltzenburg Florina.
Mejer Paul.
Koenjew Nikolaus.
von Renkul Michael.
von Renkul Katherina.
von Renkul Nadeschda.
Moskaljow Alexander Kaufmann.
Fürst Maczabel Rechtsanwalt.
Prutezenko Dimitri Kapitän.
Morawski Roman Ingenieur
Eichler Emmanuel.
Awtomonow Michael.
Bekleszow Nikolaus Ingenieur.
Bjeloussow Wassili.
Bitjucki Paul.
Bolchowitinow Wladimir.
Bobkow Viktor.
Wivanski Viktor Dr-med.
Gorbanow Iwan.
Gorodecki Georg Secondli nt.
Vincent Wladimir Kapitän.
Ignatiew Alexander Ingenieur.
Patkanow Dimitri.
Zanewski August.
Vincent Sergius Ingenieur.
Vincent Elisabeth.
Ewmwetjew Michael Ingenieur.
Ewmwetjewa Sophie.
Solotow Alexander Kaufmann.
Solotowa Anna.
Grünberg Iwan.
Linda Semen.

Moskaljow Nikolaus Kaufmann.
Merklein Dimitri Arzt.
Merklein Maria.
Nesnjelow Konstantin Arzt.
Nowikow Jegor.
Orlow Ingenieur-Oberst.
Palme Zbigniew Arzt Staatsrath.
Pomeranzewa Sophie.
Pomeranzew Iwan Stabskapitän.
Popow Nikolaus.
Rjazanowa Anna.
Sekretjew Daniel.
Tichonowicz S.
Fajjew Michael.
Szemetjewa Tatjana.
Ostromow A.
Polujan Stefan.
Bojarinzew Peter.
Pogoshew Alexius.
Merinowa Nadeschda.
Losowkich Michael Oberst.
Stoljarowski Stefan.
Gregori Ar.
Gadzjacki K.
Shoglew Andreas.
Iwaniskow Nikolaus Ingenieur.
Kargin Tichon.
Kamenkowitz Salomon.
Loktik Lukas Premierlieut.
Ljaszenko Paul.
Lawrentjew Sergius Kapitän.
Ssemjenowski Peter.
Szanko N.
Martynow Nikolaus Oberstlieut.
Nastawin Sergius Oberstlieut.
Nemezinow Alexius.
Olszewski Wladimir Ordinator des Militärhospitals in Wilna.
Perunow Theodor Stabskapitän.
Piliew Gregor Secondlieut.
Panasjuk Daniel.
Roshdestwenski Iwan Veterinärarzt.
Samuilow Arkadius.
Ssemijenow Anatosius Ingenieur (Theilnehmer mit 467,000 Rub).
Tjumenzew Nikolaus.
Filipow Michael.
Szubowicz Nikolaus Arzt.
Klepakow Sergius.
Szanko A.
Kowelmann D.
Zakedski Wjaczeslaw.
Szczerbanow Michael Friedensrichter.
Ushumecki Paul.
Obolenzew Nikolaus.
Pomrjaskinski Alexander Veterinärarzt.
Shurzenko Wassili.
Perunow Theodor Montaningenieur.
Federowski Peter.
Czeban Emeljan.
Malenkow Rafael Arzt.
Judin Iwan.

sten bewährten Firma, der Bakinschen Naphtagesellschaft, inne hatte, von wo er zu uns überging. Das Bohren auf den Parzellen in Ssurachany und im Thale Karaczchur wird elektrisch betrieben, vermittelst Elektromotoren, Tag und Nachts, in drei Arbeitsschichten, zu je acht Stunden jede Schicht.

Laut dem letzten Bulletin sind jetzt 100 Sashen gebohrt und auf diese Tiefe 26 zöllige Röhren eingesenkt. Nach 150 Sashen erwarten wir in verschiedenen Tiefen Fontänen, entsprechend denjenigen welche sich bei unseren Nachbarn, welche die Bohrarbeiten einige Jahre früher als wir angefangen hatten, in verschiedenen Tiefen zeigten, (Gebr. Mirsojeff, Bakinsche Naphtagesellschaft, Assadulajeff, Benkendorf u. a.) desto mehr dass unsere Parzellen in Ssurachany und im Thale Karaczchur jungfräulich und unerschöpft sind, und dem geologischen Baue nach in den besten Stellen eines Rayons, dessen Reichthum an Gas und Petroleum schon bewiesen ist, liegen.

Auf Grund der Senkungen der petroleumhaltigen Bodenschichten bei unseren Nachbarn erwarten wir produktive Lager in Tiefen von ca. 156, 185, 208, 224, 232, 272 Sashen und tiefer, dabei ist die Decke eines jeden Lagors ca. 10 Sashen und besteht jedes Lager aus einzelnen Schichten, so dass die wirkliche Zahl der produktiven Schichten die oben angeführte Zahl bedeutend übertrifft. Jedenfalls lässt uns der Reichthum an produktiven Schichten und die völlige Identität solcher mit den petroleumhaltigen Sandschichten des Rayons von Balachany und Sabunczy, welche Petroleum im Verlaufe von 86 Jahren liefern, mit Gewissheit auf lange Produktionsdauer unserer Rayons rechnen.

2) Was den Romanyschen Rayon anbelangt, so erwirbt die Kaspische Naphtagesellschaft ein fertig eingerichtetes Werk mit 10 Bohrlöchern, mit einem Flächeninhalt von 1/2, Dessjatine. Dieses Werk liegt am Ufer des Romanyschen See's in der Nachbarschaft der bedeutendsten Petroleumfirmen. Für dieses Werk haben wir einen Naphtamotor neuester Konstruktion erworben und bereiten wir einen Kompressor zum Auspumpen des Petroleums vermittelst komprimirter Luft aus den Bohrlöchern vor.

Von den zehn Bohrlöchern dieses Werkes ist noch kein einziges bis zur aussersten Tiefe, das heisst bis zu dem am meisten produktiven Lager geführt.

Die Kaspisch-Romanische Naphtagesellschaft hofft durch Vertiefung der Bohrlöcher, regelrechter Vertiefung des Wassers mit Anwendung von Cementguss und im allgemeinen durch rationelle Einrichtung der Werke bedeutende Vortheile aus diesen Werken zu ziehen. Von der Benutzung der vorhandenen Dampfanlage werden wir absehen, da wir durch Anwendung von Naphtamotoren bedeutende Ersparnisse in Heizmaterial zu erzielen hoffen.

3) Die weisse Ssurachan'sche Naphta, welche im Rayon № 5 gewonnen wird, wird, von der Kaspisch-Romanischen Naphtagesellschaft eisternenweise auf die Märkte des centralen Russlands transportirt.

4) Gegenwärtig ist die Verwaltung mit der Ausarbeitung eines Projektes der Vorarbeiten eines Bohrloches im Jassamaltale beschäftigt.

Jedermann weiss, dass es in Baku sehr schwierig, und gegenwärtig fast unmöglich ist wirklich petroleumhaltiges Land zu erwerben, und dass diejenigen, welche solches rechtzeitig erworben haben, an ihm kolossal verdient haben.

Der Verwaltung der Kaspisch-Romanischen Naphtagesellschaft, in ihrem Bestreben ein bedeutendes Unternehmen zu gründen, gelang es für die Gesellschaft unberührte, wirklich petroleumhaltige Länder in allen berühmten und Berühmtheit erlangenden Rayons zu erwerben, wodurch sie dem Gedächtnis des Unternehmens eine festes Fundament sicherte.

Um ein annäherndes Bild von dem zu erwartenden jährlichen Gewinnst unserer Anteilsscheine zu geben, führen wir die Daten der Bakinschen industriellen Statistik an. Nach diesen Daten, betrug die Ausbeute eines Bohrloches bei der Vertiefung bis zum produktivsten Petroleumlager ca. eine Million Pud jährlich, die Fontänen gaben bis zu einer Million zweihundert tausend Pud täglich, was bei einem Preise von 25 Kop. pro Pud eine kolossale Einnahme ausmacht. Solcherweise bereichern sich die Theilnehmer im Falle dass sich Fontänen zeigen, in kurzer Zeit, z. B. Tagieff, Mantaschew, Rylsski, Subalow, Mus-saragiew u. a.; alle diese Millionäre fingen ihre Laufbahn mit unbedeutenden Mitteln an und ausschliesslich ihr kostbares petroleumhaltiges Land schuf ihnen ihre Millionen. Diese Angaben können durch statistische Daten von den letzten zehn Jahren des Kongresses der Naphtaindustriellen bewiesen werden: die Parzelle № 107 in Romany ergab innerhalb der letzten 9 Jahre 120 Millionen Pud Rohnaphta, die Parzelle № 10 - innerhalb der letzten 7 Jahre 38 Millionen Pud, die Parzelle № 35 in 6 Jahren 29 Millionen Pud, dabei war die Fläche einer jeden Parzelle nicht grösser als 1/2 Dessjatinen. Hierbei muss gesagt werden, dass keinerlei Störungen und Unordnungen den regelrechen Gang der Arbeiten beeinträchtigen können; der Absatz des Petroleums ist gesichert und Ueberproduktion ist nicht zu befürchten, im Gegentheile, auf dem Markte macht sich ein Mangel an Petroleum fühlbar. Alles oben angeführte und besonders unser Reichthum an Land von kolossalem Werthe in den an Petroleum und Gasreichsten Rayons der Apcheronischen Halbinsel, die Leitung der Arbeiten durch erfahrene Ingenieure-Spezialisten, alles dies ergibt solche günstige Bedingungen, welche uns mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken und für die Theilnehmer einen bedeutenden Gewinn zu erhoffen erlauben.

Indem wir geg. n. w. Interessenten auffordern, in unsere Gesellschaft einzutreten, zeigen wir als Beispiel des Vortheils, den der Eintritt in diese Gesellschaft, während der Periode der Organisation bringt, dass jeder Anteilsschein, von tausend Rubel der Kaspischen Gesellschaft, der Moskau-Kaukasischen Gesellschaft, der Bakinschen Naphtagesellschaft, welche in Ssurachany, im Thale Karaczchur und im Romanyschen Rayon in unserer Nachbarschaft arbeiten, gegenwärtig höher als 1.000 Rubel bewerthet werden und täglich im Preise steigen; wer rechtzeitig bei der Organisation obenerwähnter Gesellschaften theilnahm, verfügt jetzt über bedeutende Dividenden; das Kapital vergrösserte sich in kurzer Zeit um das 4 bis 5-fache und sicherte ein kolossales jährliches Einkommen, 40 bis 50 und manche Jahre 60% vom Anlagekapital.

Ueberhaupt ist es klar, dass die Naphtaindustrie solche Gewinnste abwerfen kann, welche in anderen Industriezweigen nicht erzielt werden können.

Die Einlagen der Theilnehmer sind durch alles bewegliche und unbewegliche Eigenthum der Firma, durch alle ihre Rechte und Schätze, welche im Schoosse ihrer Länder liegen, gesichert.

Personen, welche sich mit ihrem Kapital an der Firma betheiligen wollen, theilen wir folgendes mit: Die Anteilsscheine der Firma sind zum Nominalpreise von 1.000 Rubel und 250 Rubel zu haben; ein Anteilsschein von 1.000 Rubel oder 4 Scheine zu 250 Rubel geben auf der Versammlung der Theilnehmer das Recht einer Stimme.

Die Anteilsscheine der Firma können in der Verwaltung der Gesellschaft (St.-Petersburg Nevski Prospekt 100) erworben werden, oder die Einlage kann direkt in der Reichsbank in St.-Petersburg laufende Rechnung № 34-437 geschehen, in solchem Falle werden die Anteilsscheine per Post zugesandt.

Auswärtigen Interessenten werden die Scheine an ihrem Wohnungsort zugestellt:

Durch die Reichsbank oder Privatbanken und ihre Filialen, wo solche bezahlt werden.

Per Postnachnahme.

Per Post, nach vorhergehender Einzahlung per Anweisung.

Unterschieden:

Direktoren: { Ingenieure: *K. M. Korowko* und *A. A. Vincent*,
Kammerherr des Allerhöchsten Hofes *I. I. Nasimow*,
Statsrath *W. A. Marsow*.

Chefingenieur *A. F. Ssemionow*.

Verwaltungschef Ingenieur *St. F. Kunkel*.

Auf Verlangen werden detaillirte Karte und Auszug der Statuten zugesendet.



Laszkowicz Bronislaw Stabskapitan.
Pcjenko Arsenius.
Weselkow Konstantin.
Krastin Nikolaus.
Zirin Jakob.
Kalinowskaja Elisabeth.
Bobrownicki W.
Oleczkewicz W., Oberst.
General-Major Pjetunin.
Pjetunina Maria.
Pjetunina Alexandra.
Kuzmin Wassili.
Ssidorenko Alexander Hofrath.
Ssawurski A. Oberst des Pagen-corps.
Tolmaczow Dimitri Arzt.
Tiefenthal Alexander.
Tiefenthal Paul.
Rzepecki Joseph.
Iwanow Konstantin Oberförster.
Kidalowa A.
Rjazanzew Alexander Ingenieur.
Rjazancowa Zinaida.
Kuznezow Nikolaus.
Gugel Nikolaus Notar des St.-Petersburg. Kreisgerichtes.
Szowa Alexander Premierlieut.
Doroszewski Alexander Kreisarzt.
Szocewicz Thomas.
Szkondin Iwan.
Faworski Jakob.
Krzewicki Anton.
Gordjeew Nikolaus.
Zagurski Teophil.
Fürst Xaver Massalski.
Shooin Wassili.
Dick Johann.
Kalinowski Alexander.
Schestakowski Iwan.
Baron Stuart Woldemar.
Ssekretew W. Artz.
Kuczer Uljan.
Terechow Iwan.
Sus Iwan.
Morawskaja N.
Szulgin Kapiton Artz.
Mudrow Alexander Wirkl. Staatsrath.
Mitkewicz Gregor.
Pupyszew W.
Szardakow Georg Hausbesitzer.
Metz Barbara.
Piotrowski Ssemen.
Melikow Jakob.
Schönhaus M.
Koszedziew Nestor.
Wereszczagin Wassili Oberförster.
Petrov Alexander.
Rak Jakob.
Dowbnja Michael.
Schirow Terentius.
Jassenski Stephan Oberst.
Jassenskaja Anastasia.
Kirikow Iwan.
Rjasanzewa Emilie.
Szljaew Nikolaus.
Pirogow Anatoli.
Psarew Sergius Forstrevisor.
Lobaszew Jegor.
Spasski A.
Majewski Konstantin Hofrath.
Iwanow Iwan.
Ssokolowa Katherina.
Ssorokin Theodor.

Michailow Stephan.
Wolkow Nikolaus.
Ssawczenko Karp.
Donskich Alexius.
Tokmaczewa Vera.
Skinder Alexander.
Scherman Gregor.
Petrov Peter.
Belokrywin Josias.
Godlewski M.
Ssemenow Alexius Titulär-rath.
Gawrilow Nikander.
Skinder Sophie.
Swiniew Iwan Hofrath.
Kozlow Stephan Kosakenessaul.
Nawrotezinski Adam Arzt.
Grzedzinski Josef Friedensrichter.
Auszew Georg Staatsrath.
Lossmann Juli.
Spirowa Maria.
Iwanow Alexander Premierlieut.
Podzukewicz Peter.
Serbin Stephan.
Serbina Maria.
Wolskaja Xenia.
Debski W.
Czernesow Alexander.
Zabusow Nikolaus Steuerinspektor.
Ssemoszow Denis.
Ssoimonowa M.
Nesmjelowa Claudia.
Rjeznikow Stephan.
Michailow Wassili Artz.
Smirnow Iwan.
Koroloow Paul.
Wolzan-Ogly Kiriak.
Windelbandt Johann Titulär-rath.
Ssemenow A. Collegienassessor.
Perwetinski Nikolaus.
Nowozilow Ilarion.
Rosanow Nikolaus Dr-med.
Protopopow Cosmus.
Korobkon Dimitri.
Czirach Gabriel.
Gzestakowskaja Maria.
Burlajew Kosakenessaul.
Koslow Wsewolod Kosakensoitnik.
Koslowa Anastasia.
Zurezenko Eudoxia.
Stepkin Cosmus.
Kljaczin K.
Palme Maria.
Doroszkewicz Andreas.
Wachruszow Jakob.
Fürst Czegodajew Ssakomin.
Fürstin Czegodajewa-Ssakonskaja.
Dlouezi Fianz.
Abdul-fas-Mirsachanow.
Lepecha M. S.
Szapowalenko Michael Veterinärarzt.
Ssolbubajew Theodor.
Wolkobajew Prokopius.
Stariyev Iwan.
Marsow Wladimir Hausbesitzer in Moskau.
Zaizenko Alexander Artz.
Anochin Iwan.
Poljakow Walentin Ingenieur-Techn.
Poljakowa Agnes.
Ssamoielow Sergius Adelsmarschall.
Trusow Alexius Notar in Baku.

Theilnehmer, deren Antheilscheine auf den Vorzeiger lauten, sind in dieser Liste nicht angeführt.

